



RKI-Files - und die Aufarbeitung der Corona-Schikanen

VON DR. CHRISTINE MÜLLER



nicht besser gewusst“. Doch am 20. März veröffentlichte das Online-Magazin „Multipolar“ freigelegte RKI-Protokolle im Original*. Zwar wurden darin mehr als 1000 Stellen durch eine Anwaltskanzlei unter fadenscheinigen Begründungen geschwärzt, doch selbst die lesbaren Stellen bieten Sprengstoff.

So wurde deutlich, dass die „Hochskalierung“ der Gefahrenstufe zur Verhängung des Lockdowns im März 2020 eine rein politische Entscheidung war, die nicht durch die Entwicklung der „Infektionszahlen“ oder andere wissenschaftliche Erkenntnisse begründet werden konnte.

Man kann in den RKI-Files ebenfalls nachlesen, dass die COVID-Testungen „in eine bestimmte Richtung gelenkt werden sollen“, dass der Lockdown schwerere Konsequenzen habe als das Virus selbst, dass das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes für die symptomfreie öffentliche Bevölkerung als nicht sinnvoll erachtet wird und dass es „keine Evidenz für die Nutzung von FFP2-Masken außerhalb des Arbeitsschutzes“ gäbe.

Dennoch wurde die offensichtlich evidenzfreie Maskenpflicht angeordnet und erst am 1. März 2023 aufgehoben. Zum Thema „Impfstoffe“ hieß es im RKI-Protokoll vom 08.02.2021: „Es ist zu erwarten, dass durch die Impfung zwar schwere Verläufe vermieden werden können, nicht jedoch die lokale Vermehrung von Viren“. Dennoch folgten Impfpropaganda, Impfnötigung und eine beispiellose Diffamierung und Ausgrenzung von Kritikern.

Im März 2022 trat eine „einrichtungsbezogene Impfpflicht“ für Mitarbeiter im Gesundheitswesen in Kraft. Die Impfpflicht im Gesundheitswesen wurde ab Januar 2023 ausgesetzt, in der Bundeswehr gilt sie noch immer. Eine allgemeine Impfpflicht wurde ebenfalls propagiert, konnte aber im April 2022 keine

Mehrheit im Bundestag finden. Wenn aber - wie bereits im Februar 2021 vom RKI angenommen und niemals widerlegt - die „Impfung“ keinen Fremdschutz bietet, dann ist jede Art von Impfnötigung oder Impfpflicht automatisch rechtswidrig. Das rechtsstaatliche Prinzip der Verhältnismäßigkeit verlangt, dass jede Maßnahme, die in Grundrechte eingreift, einen rechtmäßigen öffentlichen Zweck verfolgt und in Beziehung auf den verfolgten (legitimen) Zweck geeignet, erforderlich und angemessen ist. Für die Impfpflicht trifft nichts davon zu.

Wir können also davon ausgehen, dass dem damaligen RKI-Chef Lothar Wieler jederzeit bewusst war, dass die angeordneten Schikanen rein politisch motiviert waren und nichts mit Wissenschaft zu tun hatten. So ist wohl auch seine Aussage zu verstehen, die Maßnahmen „dürfen überhaupt nie hinterfragt werden“. Wir dürfen nicht damit rechnen, dass eine neutrale und transparente Aufarbeitung der Corona-Schikanen erfolgen wird, solange die dafür Verantwortlichen noch ihre Machtpositionen in Politik, Medien, „Wissenschaft“ und Justiz innehaben.

Außerdem müssen wir davon ausgehen, dass sie trotz aller geheuchelter Reue denselben Instrumentenkasten bei nächster Gelegenheit wieder auspacken werden: der WHO-Pandemie-Vertrag soll es möglich machen. Aber wir müssen beim nächsten Mal nicht mitmachen. Ein erster Schritt wäre es, bei der anstehenden EU-Wahl unsere Stimme denen zu geben, die NICHT mitgemacht haben. Fragen Sie nach, wie die Kandidaten zum WHO-Pandemie-Vertrag stehen! Und vielleicht wäre es auch eine gute Idee, beim nächsten Mal nicht die sachlichen Kritiker auszugrenzen, sondern die Hetzer und Denunzianten.

*<https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-2>

Man hat uns die Grundrechte entzogen, man hat unseren Kindern verboten, die Schule zu besuchen oder mit ihren Freunden zu spielen, man hat Alte und Kranke von ihren Angehörigen isoliert, man hat uns und unsere Kinder gezwungen, unhygienische Gesichtsmaskierungen zu tragen und man hat uns unzureichend erprobte Impfstoffe aufgenötigt. Das alles geschah im Namen der „Wissenschaft“, um die Ausbreitung der „schlimmsten Pandemie des Jahrhunderts“ zu verhindern.

Inzwischen dürfte den meisten Bürgern klar sein, dass all die „Maßnahmen“ nicht viel gebracht haben. Durch sie konnte keine einzige „Infektionswelle“ verhindert werden. Länder wie Schweden oder Florida, die weitgehend auf Schikanen verzichteten, schnitten in der Infektions- und Todesfallstatistik nicht schlechter ab als wir, litten aber deutlich weniger an wirtschaftlichen und sozialen Kollateralschäden. Die „Impfungen“ schützten nicht vor Infektionen und waren keineswegs so „nebenwirkungsfrei“ wie behauptet.

Mittlerweile geben die Verantwortlichen einige wenige Fehler zu, loben sich aber weiterhin dafür, dass man dank ihnen „so gut durch die Pandemie gekommen“ sei, und behaupten stets: „man hätte es

Peter Hahne, Moderator und Autor im Interview mit der Weltwoche (Auszüge):

"Ich will Handschellen klicken hören"

Peter Hahne sieht nach Veröffentlichung der Akten des Robert-Koch-Instituts die Verschwörungstheorien eindeutig bestätigt. Jetzt sollte man von der Politik nicht nur detaillierte Aufklärung erwarten, sondern insbesondere auch Schuldzuweisungen. Sonst hätte das alles gar keinen Sinn.

Es ist jetzt an der Zeit festzustellen, wer im einzelnen die Schuld dafür trägt, dass Corona zur Ideologie wurde. Sein klarer Vorschlag ist, alle sofort aus den Gefängnissen zu entlassen, die dort immer noch saßen - Ärzte, Hebammen, Gesundheitspersonal, die falsche Impfausweise ausgestellt

hätten usw. Der Platz würde jetzt für die dafür verantwortlichen Politiker gebraucht.

Unter dem Strich bliebe sein Satz stehen: Ich will Handschellen klicken hören. Das Schlimmste ist, dass die Leute versuchten, sich jetzt aus der Verantwortung zu stehlen."

wir empfehlen ...



KONTRAFUNK
Die Stimme der Vernunft

kontrafunk.radio

Politik von rechts – Ein Manifest

VON JOHN KERRY

Rezension des neuen Buches von Maximilian Krahe, EU-Spitzenkandidat der AfD, Politik von rechts – ein Manifest

Kapitel 4: Der Staat. Zeitenwende. Die Weltordnung im Wandel

Die ökonomische, kulturelle und politische Macht des Westens erodiert. Der russische Einmarsch in die Ukraine ist ein Fanal: Die von den USA erzwungene Weltordnung wird in Frage gestellt. Eine neue Weltordnung entsteht, nicht dominiert von einem Hegemon, eine Ordnung die nur durch Ausgleich aufrecht erhalten werden kann, da es drei Machtzentren im Wettbewerb geben wird. Das Völkerrecht in seiner jetzigen Form wird es nicht mehr geben, weil es versagt hat.

Es gibt Hoffnung, dass ein neues seinem Namen dann gerecht wird und den Völkern der Erde mehr Freiheit geben wird. Das heutige Völkerrecht hat seinen Ursprung im „Westfälischen Frieden“ von 1648. Es wurden alle Staaten „souverän“, innen-politisch allmächtig bestimmte der König oder Fürst, was die Untertanen zu tun und zu glauben hatten (cuius regio eius religio), außenpolitisch das Recht zum Krieg, der nach Clausewitz die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ war.

Mit der „Landkriegsordnung“ verhinderte man das Auslösen ganzer Völker, der Kriegsgegner war Gegner, nicht Feind, der Unterlegene wurde nicht vernichtet, sondern war Teilnehmer der Friedensgespräche wie Frankreich beim Wiener Kongress.

Den Umbruch brachten die Pariser Vorortverträge von 1919 mit den Kriegsschuldartikeln, mit denen Deutschland die gesamte Kriegsschuld aufgeladen und daraus folgend von den Friedensgesprächen ausgeschlossen wurde.

Die Habsburger Monarchie wurde zerrissen, Deutschland verlor die Ostgebiete, die Sieger bedienten sich an allerlei Ländern, und Deutschland wurden unbezahlbare Reparationen aufgeladen. Ein neues Völkerrecht war entstanden, indem das Recht auf Krieg durch das Recht, nicht angegriffen zu werden, ersetzt wurde. Dieses konnte die Kriegsverlierer aber nicht davon abhalten, eine gewaltsame Revision zu erreichen, die 1945 final gescheitert war.

Durch die Nürnberger Prozesse kam es zu einer Ausweitung und Bekräftigung des Verbotes, einen Angriffskrieg zu führen. Trotzdem wurden weiter Kriege geführt, dafür musste jetzt das in der Charta der Vereinten Nationen vereinbarte Menschenrecht erhalten. Der „Gerechte Krieg“ wird fortan geführt, um Menschen von ihren Unterdrückern zu befreien. Die Nationalstaaten waren nun nicht mehr die Akteure, sondern die Machtblöcke. Vor allem die USA versuchten auf Basis der Monroe-Doktrin, ihr westliches Modell zu exportieren.

Tatsächlich basierte die westliche Dominanz lange Zeit auf dem wirtschaftlichen Erfolg und nicht auf dem Freiheitsgedanken. Das Exportgut „Demokratie“ wurde praktisch nirgends erfolgreich verwirklicht, und nun zeigt sich, dass auch andere politische Systeme wirtschaftlich erfolgreich sein können.

Fortsetzung auf Seite 2



ISBN: 978-3-949041-53-2

02 | Politik

Corona, Corona, Corona

VON EMIL HOFER

Im vierten Jahr schon gehen in Bergisch Gladbach und anderswo regelmäßig am Montag um 18 Uhr Personen durch die Innenstadt und machen mit Ihrem Spaziergang darauf aufmerksam, dass die Corona-Zeit nicht vorbei ist.

Schon seit Beginn der umstrittenen Maßnahmen der Regierung sind diese Leute unterwegs, mal mehr, mal weniger.

Aber dass nach 3 ½ Jahren die Angelegenheit noch immer nicht vorbei ist zeigt, dass es eine wache Zivilgesellschaft gibt die verhindert, dass Probleme unter

den Teppich gekehrt werden, und dass Aufarbeitung überfällig ist. Das „Gesundheitsministerium“ wurde nun durch eine Klage des Magazins „Multipolar“ dazu gezwungen, schriftliche Aufzeichnungen der internen Gespräche der Ministerpräsidenten, Regierungsmitgliedern und dem Robert Koch Institut (RKI) offenzulegen.

Dass es da eine Menge zu verbergen gibt zeigt die ungeschickte Maßnahme des Gesundheitsministeriums, diese Akten umfangreich zu schwärzen, um eine Aufklärung zu behindern. Dies lenkt natürlich den öffentlichen Blick noch

verstärkt auf diese Angelegenheit, sodass der Öffentliche Rundfunk das nun nicht mehr ignorieren kann, und seinerseits zum Selbstschutz eine kritische Sendung ausstrahlt.

Man kann davon ausgehen, dass die Schwärzungen keinen Bestand haben werden, denn Multipolar wird nach dem ersten gerichtlichen Erfolg nun auch dagegen klagen. Und die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass die Richter dem stattgeben werden.

Und der Gesundheitsminister rudert auch schon zurück und will die Schwärzungen „weitgehend“ zurücknehmen.

Es wird also noch weiter versucht werden, bestimmte Leute zu decken.

Dass die Empfehlungen des RKI teilweise nicht beachtet wurden, und politische Entscheidungen zu RKI-Empfehlungen umfunktioniert wurden, ist schon mit den jetzt verfügbaren Informationen klar.

Die Aufarbeitung ist nun ins Rollen gekommen, und das verdanken wir unter anderem dem ungebrochenen Widerstand der als „Corona-Leugner“ verunglimpften Bürger, die bis heute auf die Straße gehen. Selten gab es einen so lange

andauernden Protest, und man kann getrost erwarten, dass diese Menschen nicht aufgeben werden, ehe nicht ausreichend Licht ins Dunkel gebracht ist.

Wie das Ende dieser Staatsaffäre Corona aussehen wird, ist noch unklar. Die Geschädigten und diejenigen die ungerechtfertigte Freiheitseinschränkungen nicht akzeptieren, werden auf Strafen drängen.

Die dafür Verantwortlichen haben hohe Ämter inne und könnten tief fallen. Sie werden wie zu Corona-Zeiten alles in ihrer Macht stehende tun, um straffrei davon zu kommen.

Parteineugründung DAVA - Die (islamische) Sache Wird Deutschland durch die türkische Partei weiter zum Spielball fremder Mächte?

VON PETER BERGHOFF



Bild zeigt Recep Tayyip Erdoğan

Bild von © WikimediaCommons CC BY 4.0

Jüngst wurde die Partei DAVA gegründet, die Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch.

Nun ist die jüngste Vergangenheit durch Neugründungen geprägt, mit der DAVA erscheint aber ein Spieler außerhalb des bisherigen politischen Spektrums. DAVA, was auf Türkisch auch die (islamische) Sache heißt, wird durch Erdogans Türkische AKP potegiert und strategisch unterstützt.

So berichten in der Türkei hauptsächlich die AKP-nahen Medien über die Neugründung.

Auch entstammen die Gründungsmitglieder der UID, einer Lobbygruppe der AKP.

Die Nähe zu Erdogan ist also nicht zu übersehen.

Als Wählerpotential werden nicht nur die Türken in Deutschland gesehen, sondern alle hier lebenden Muslime.

Parteiziel ist konsequenterweise der Schutz des Islam sowie die Stärkung traditioneller Werte und des Sozialstaates.

Übersetzt soll damit der politische Islam in Deutschland in die Parlamente gehen.

Die Wählerwanderung wird das links-grüne Spektrum betreffen, das aufgrund der Politik einer uneingeschränkten Zuwander-

ung, der Ausdehnung des deutschen Sozialstaates auf andere, vor allem muslimische Länder und der üppigen Verteilung staatsbürgerlicher Rechte an Migranten bisher favorisiert wurde.

Damit geht die multikulturelle Rechnung in zweifacher Hinsicht nicht auf.

Zum einen scheitert die nachhaltige Machtsicherung über forcierte Einwanderung. Zum anderen führt die Massmigration nicht zu einer gemeinsamen und friedlichen Gesellschaft, sondern sie ruft nationale und nationalistische Kräfte auf den Plan, also genau

jene, die sie vorgibt zu bekämpfen. Nur vertreten diese halt nicht die Interessen Deutschlands oder der Deutschen.

Mit der Gründung der DAVA wird aber auch deutlich, dass Deutschland immer stärker zum Spielball anderer Nationen wird. Der bisherige Tiefpunkt war die Sprengung von Nord-Stream 2 durch eine „befreundete“ Nation, die ohne Aufbegehren Deutschlands akzeptiert wurde.

Die Muslimische Partei DAVA kann auch den sozialen Frieden und Zusammenhalt in Deutschland, so der denn noch da ist, empfindlich beschädigen.

Die Mehrheit steht zur Mitte

VON PETER BERGHOFF

In einer früheren Ausgabe der Bergischen Freiheit berichteten wir bereits über die politische Selbstverortung der Deutschen.

Damals beruhte die Aussage auf einer Voruntersuchung. Nun sind die Ergebnisse der Hauptuntersuchung da und das Ergebnis ist belastbar.

Die Mehrheit der Deutschen

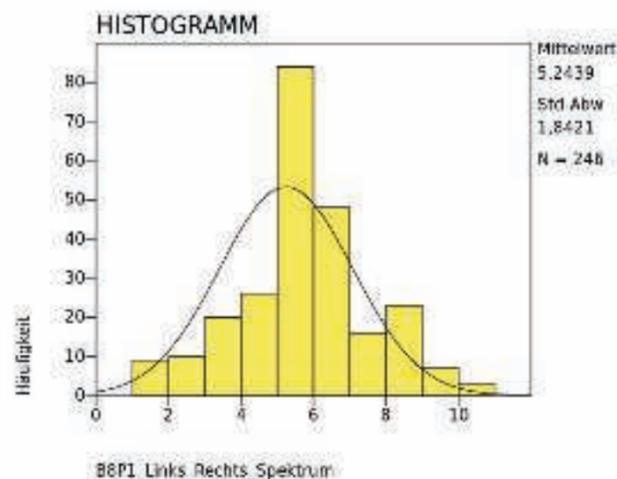
verortet sich politisch in der Mitte. Bei der Befragung sollten sich 250 Teilnehmer selber auf einer Skala von 0= Links bis 10=Rechts einordnen.

Die Mitte des politischen Spektrums ist dabei der absolute Favorit.

Mit einem Mittelwert von M=5,25 liegt das Ergebnis sogar leicht im

Rechten Spektrum. Damit wird deutlich, dass die wahrgenommene links-grüne Dominanz bei den Medienpositionen einer einseitigen Ausrichtung Berichterstattung entspringt.

Links-grün ist eine mediale Fata Morgana. Die Menschen wollen Realismus, Augenmaß und Anstand.



Fortsetzung von Seite 1 - "Politik von rechts – Ein Manifest"

Wer heute Städte wie Peking, Shanghai, Dubai, Singapur oder auch Moskau sieht, wird unweigerlich erfahren, dass Frankfurt, München oder gar Köln auf dem absteigenden Ast sind. Der Globalismus lässt seinen Erfinder, den Westen,

identitätslos zurück. Herkunft, Kultur, Tradition, Volk und Religion dürfen keine Rolle mehr spielen. 52 Geschlechter, Männer als Frauen, Elter 1 und Elter 2, Gender und Transhumanismus mit dem Symbol der Regenbogenfahne sollen in eine

neue Zeit führen. Aber auch die politische Rechte muss ihren Internationalismus aufgeben, der aus dem Christentum folgte.

China hat den Konfuzianismus, Indien den Hinduismus, Russland das Orthodoxe Christentum,

Arabien den Islam. Und das ist gut so, denn der Globalismus zielt auf westliche Dominanz unter Aufgabe der eigenen Kulturen.

Damit ist der Kern des neuen Völkerrechts gelegt. „Interventionsverbot“ für

raumfremde Mächte und Anerkennung des Rechts auf Unterschiedlichkeit.

Das ist der Preis für den Verzicht auf Universalismus, um die eigene Identität und den Frieden wieder zu gewinnen.

Die Macht der Propaganda

VON LÄTTIA CAPUCCI



Derzeit tourt Kayvan Soufi-Siavash, alias Ken Jebsen, ein oppositioneller Journalist, der etliche Jahre sehr erfolgreich für den WDR eine Radio-Jugendsendung gemacht hat, durch Deutschland und hält sehr informative Vorträge zum Thema „Die Macht der Propaganda“.

In diesen Vorträgen erläutert er dem interessierten Publikum, wie Propaganda funktioniert, auch nach der Einsicht „Nie wieder“, wobei wir glauben, dass wir alles darüber wissen.

Propaganda funktioniert und wird weltweit von einer sogenannten „Elite“ betrieben, die die Völker aber gar nicht gewählt haben. Dennoch machen sie (die „Elite-Mitglieder“) Gesetze für uns, wie z.B. die CO2-Besteuerung, die aber nicht für Privatjets oder -jachten gelten, oder die „Demokratiepause“ zur Zeit der C-Krise (man vergleiche nun die RKI-Files, vor Gericht erstritten von dem Multipolar-Journal). Jebsen stellt auch die kritische Frage, wo eigentlich

Reinhard Mai, Konstantin Wecker, Grönemeyer in der C-Krise waren.

Wir alle haben erlebt, wie uns die Angst gefügig gemacht hat, Angst, die über die Medien in unsere Unterbewusstseine gekrochen ist, die uns haben Dinge tun lassen, die wir unter normalen Umständen nicht getan hätten. Propaganda wird über die Massenmedien auf uns ausgeübt – wenn wir es zulassen. Unser Unterbewusstsein sucht nach Mustern, nach Wiederholung. Tritt diese Wiederholung ein, sind wir sicher, dass das stimmen muss.

Durch Angst – Corona, Klimawandel, gefährliche Russen – werden wir dann lenkbar, wenn wir das glauben. Durch KI und Chipimplantation werden wir dann auch besser kontrollierbar, denn es geht um die Weltherrschaft. Diese „Eliten“ bzw. deren Erfüllungsgehilfen, also die entsprechenden Politiker, haben dabei keine Skrupel.

Journalisten und Historiker u.a., die Mitglieder der sogenannten

„Atlantik-Brücke“ (gegr. 1952 – also bereits jahrzehnte-lange Beeinflussung), der USA-Europablick wird deutlich, sind die dritten im Bunde. Sie tragen ebenfalls dazu bei, die Ziele der Propaganda im Sinne der „Eliten“ in die Köpfe der Menschen einzupflanzen.

Im Übrigen bekommen Journalisten und Historiker, wie Ken Jebsen, Daniele Ganser u.a. keine Einladung zur „Atlantik-Brücke“, wohl aber sicher „Correctiv-Corruptiv“, wo alle Berichte „gefaesert“ sind (Präzisierungen von Ken Jebsen).

Am Ende seines durchaus erhellenden Vortrags nennt er die Namen der freien Journalisten, die unabhängig berichten, wie u.a. Willi Wimmer, Peter Hahne, Daniele Ganser, Gabriele Krone-Schmalz, Ernst Wolff, Nena, Uwe Steimle, Roland Tichy, Lisa Fitz, Roger Köppel, Prof. Bakhti.

Und er nennt auch Wege raus aus dem Dilemma: Raus aus der NATO, Basis-Demokratie, Direkte

Demokratie, Demokratisches Geldsystem, Reichtumsbegrenzung (Bill Gates hat 500 Millionen oder Milliarden?)

Dollar durch die C-Krise gemacht), Gerechtes Steuersystem, Reales Bildungssystem, das das kritische Denken fördert, Meinungsfreiheit, mehr Dezentralität, Transparenz der Macht, Unabhängige Justiz, neuer Gesellschaftsvertrag von unten, alte Parteien abschaffen, Verpflichtende Wahlprogramme, Emanzipation von den USA für ein Europa der Vaterländer, weg mit dem Schuldkult, der uns in psychische Abhängigkeiten führt, das Volk muss sich seine Freiheit zurückholen, Unabhängige Zeitungen und Ziviler Ungehorsam.

GANZ WICHTIG – WEG MIT DER FRÜHSEXUALISIERUNG!!!

All das geht nur wenn wir uns aktiv auf den Weg machen – und zwar jeder einzelne von uns, die Bauern, Spediteure, Handwerker, der Mittelstand zeigen es uns.

Julian Assange: 5 Jahre Haft in England ohne Anklage!

VON ENZO RAUCH



Bild von © hafteh7 auf Pixabay

2012 flüchtete Julian Assange, der Gründer von Wikileaks in die Botschaft von Ecuador in London, um seinen amerikanischen Häschern zu entgehen. Bradley Mannings, der damals noch männliche Soldat der US-Armee hatte Zugriff auf Daten von Kriegsverbrechen der US-Armee in Afghanistan und hatte die Julian Assange zugespielt, der sie auf Wikileaks veröffentlichte.

Weitere Dokumente über US-Kriegsverbrechen wurden durch einen Hackerangriff auf geheime Datenbanken der US-Regierung öffentlich, angeblich soll der Auftraggeber Julian Assange gewesen sein. Daraufhin klagte die US-Justiz Assange an und

versuchte, seiner habhaft zu werden. Als es zu einem Wechsel des Regierungschefs von Ecuador von dem eher links gerichteten Rafael Correa zu seinem langen Weggefährten Moreno kam, änderte dieser schlagartig die politische Richtung, um an frisches Geld für Ecuador zu kommen.

Er befürchtete, durch den wirtschaftlichen Niedergang des Landes das gleiche Schicksal zu erleiden wie andere südamerikanische Regierungschefs, und abgewählt zu werden. So wurde Julian Assange plötzlich eine Belastung für Moreno, der die USA um Geld anbetteln musste. Julian Assange wurde die

Staatsbürgerschaft entzogen, das Internet abgestellt und sonst das Leben in der Botschaft schwer gemacht.

Als Assange dann eine Korruptionsaffäre Morenos über Wikileaks veröffentlichte war das Fass voll, und Moreno ließ Assange von der Londoner Polizei verhaften. In einem Interview sagte Correa, Assanges Festnahme beweise einmal mehr, dass Moreno "der größte Verräter der Geschichte" sei.

"Er könnte mit Judas mithalten." Nach unzähligen Verhandlungen und Verzögerungen hat ein britisches Gericht nun entschieden, dass Assange einen Antrag gegen das amerikanische

Auslieferungersuchen gestattet würde. Weitere 5 Jahre hat nun der Wertewesten einen Bürger im Belmarsh-Gefängnis eingesperrt um ein deutliches Zeichen an alle zu senden, die amerikanische Kriegsverbrechen öffentlich machen wollen. Der Präsident der USA, Joe Biden hat nun in Japan in einem Nebensatz Journalisten gegenüber erwähnt, dass die USA erwägen, die Anklage gegen Julian Assange fallen zu lassen. Man darf gespannt sein, ob dies nur eine Ausfallerscheinung des Präsidenten war, oder ob etwas Wahrheit dahinter steckt. Man kann nur hoffen, dass die Verfolgung eines Whistleblowers von Kriegsverbrechen bald endet.

Drogen für das Volk

VON JOHN KERRY



Bild von © Pfüderi auf Pixabay

niemand braucht. Nicht nur, dass es niemand braucht, die Bundesregierung hat auch nicht versucht klarzumachen, warum man dieses Gesetz benötigt. Außer dass es der Gesundheitsminister unbedingt wollte, gibt es keinen driftigen Grund, warum jetzt plötzlich Drogenbesitz straflos sein muss.

Es geht nicht um die Volksgesundheit. Es geht nicht um den Schutz Minderjähriger. Es geht nicht darum, Drogenkartelle zu bekämpfen. Ja worum geht es denn dann?

Es geht offensichtlich darum, dass ein Minister, an dessen geistigen Qualitäten man zweifeln kann, seine „Herzangelegenheit“ zum Gesetz

machen kann. Und die Mehrheit der Ampelabgeordnete folgt dem kritiklos. Der Bürger fragt sich: Kiffen die alle? Es gibt eine Mengenbeschränkung, wieviel Rauschgift man bei sich führen darf. Glaubt irgendwer, dass solche Gesetze durchsetzbar sind? Soll die Polizei nun mit Mikrowaagen ausgestattet werden, um festzustellen, wer gegen das Gesetz verstößt?

Wird irgendwer, weil er die zugelassene Menge überschritten hat, verurteilt werden? Es ist doch abzusehen, dass mit einem Augenzwinkern darüber hinweggesehen wird. Welcher Richter soll das ernst nehmen, dass der Besitz von 50g straffrei ist, aber 60g ein Verbrechen ist?

Nun geht es erst einmal darum,

200.000 Verurteilte neu zu bewerten, denn das Gesetz sieht auch eine Amnestie für verurteilte Straftäter vor.

Es muss also im Nachhinein geklärt werden, ob der Delinquent nach der neuen Gesetzeslage auch straffällig ist oder nicht. 200.000 Akten müssen also dahingehend überprüft werden, was häufig gar nicht möglich sein wird – also – im Zweifel für den Angeklagten.

Dieses Land hat viele Probleme, die es Wert wären, dass sich die Bundesregierung mit der Lösung so hingebungsvoll beschäftigen sollte wie mit dem Cannabis-Problem. Der Bürger reibt sich die Augen.

Ab 1. April 2024, und das ist kein Aprilscherz, kann man in Deutschland straflos Drogen besitzen. Die Bundesregierung, und besonders der Gesundheitsminister, haben in seltener Einigkeit und Geschwindigkeit ein Gesetz verabschiedet, welches

Unserer politischen Führung fehlt die Legitimität

I-f-GE-Studie dokumentiert tiefgreifende Empfindung politischer Illegitimität der derzeitigen Führung

Im Rahmen einer noch nicht veröffentlichten Untersuchung über Ursachen des aktuellen gesellschaftlichen Wandels hat das I-f-GE (Institut für Gesellschaftsentwicklung) 246 Probanden befragt. Teil dieser Befragung war auch die Einschätzung über den aktuellen Zustand gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse. Die Ergebnisse dieser Einschätzung erhalten im Rahmen der derzeitigen „Bauernproteste“ eine Aktualität, die eine vorgezogene Veröffentlichung als sinnvoll erscheinen lässt.

Der starke gesellschaftliche Wandel der letzten Jahre veranlasste das I-f-GE sozialpsychologische Faktoren zu erkunden, die begünstigend auf diese Entwicklung einwirken. In

diesem Rahmen wurden die Teilnehmer auch nach ihrer Einstellung zu vier generellen Aspekten gesellschaftlicher Entscheidungsfindung befragt. Dabei sollten Sie ihre Zustimmung zu nachfolgende Aussagen mit 0=„gar nicht“ bis 10=vollständig bewerten.

Die Mehrzahl der Probanden unterstützen dabei die Aussagen:

- Gesellschaftliche Entscheidungen werden zunehmend durch Gremien getroffen, die nicht demokratisch legitimiert sind. Der Einfluss der Bevölkerung auf diese Entscheidungen nimmt ab. (Mittelwert M=6,33; Standardabweichung SD=2,47)

- Gesellschaftliche Entscheidungen werden abgelöst

von der Sachebene getroffen. Themen werden kaum noch mit sachbezogenen Argumenten öffentlich diskutiert. Dadurch werden wirkungslose Lösungsstrategien eingesetzt. (M 6,49; SD 2,21)

- Die Durchsetzung gesellschaftlicher Ziele erfolgt zunehmend durch Druck auf die Teile der Bevölkerung, die mit den angestrebten Zielen nicht einverstanden sind. (M 6,52; SD 2,42)

- Der gesellschaftliche Zusammenhalt hat abgenommen. (M 7,97M 7,97; SD 2,06)

Alle Aussagen wurden somit von der Mehrheit der Teilnehmer bestätigt, wobei die Abnahme des

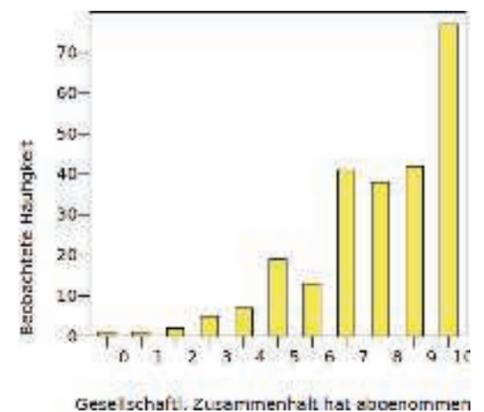
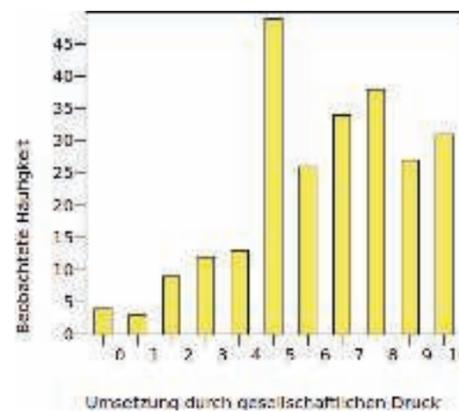
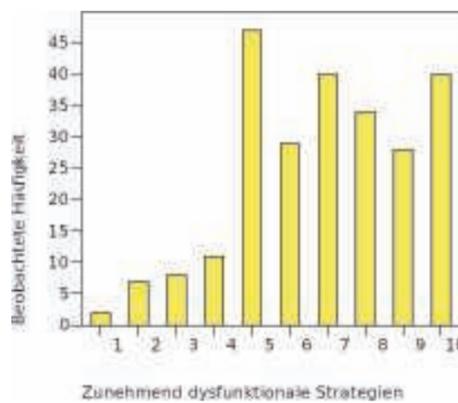
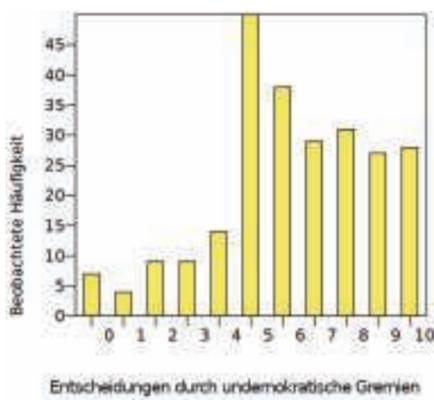
gesellschaftlichen Zusammenhalts besonders stark wahrgenommen wird. Die Ergebnisse dokumentieren somit sowohl eine tiefgreifende Skepsis in der Bevölkerung, dass die aktuellen Entscheidungsträger die derzeitigen Herausforderungen lösen können, als auch das deren Strategien sich zum Wohl der Bevölkerung auswirken.

Überraschend und in diesem Rahmen von besonderer Relevanz ist aber die Tatsache, dass hinter der Beantwortung dieser Fragen ein gemeinsamer Faktor steht, den wir als „Führungsillegitimität“ bezeichnen.

Legitimität ist die Basis jeglicher gesellschaftlicher Entscheidungsfindung. Ohne

diese löst sich das implizite und für eine Gesellschaft obligatorische Einverständnis auf, festgelegten Regeln zum Wohl der Gemeinschaft zu folgen, auch wenn diese das eigene Ausleben (jeglicher) Motivationen einschränkt.

Die Studie dokumentiert somit eine starke „Führungsillegitimität“, die sich aktuell in den Protesten ab dem 08.01.2024 ausdrückt und nicht nur von den Bauern, sondern von vielen Branchen und Bürgern getragen wird. Eine Lösung des Konfliktes ist somit auch nicht über die Regelung einzelner Aspekte zu erreichen. Vielmehr müssen die aktuellen Entscheidungsmechanismen reformiert und die aktuellen Entscheidungsakteure hinterfragt werden. [SW]



Sie haben Interesse, sich bei der Bergischen Freiheit zu engagieren?

Wenn Ihnen die Zeitung gefällt und Sie sich bei dem Projekt engagieren möchten, zögern Sie nicht, uns anzuschreiben: Mail: redaktion@bergische-freiheit.de oder info@i-f-ge.de bzw. auf dem Postweg unter Bergische Freiheit -Redaktion-, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid.

Ob Sie uns auf interessante Themen hinweisen möchten, die Sie gerne in der Zeitung wiedersehen würden oder direkt einen Artikel beitragen wollen, ob Sie bei der Verteilung oder in der Administration unterstützen möchten,

wir würden uns freuen, von Ihnen zu hören.

Ihre Redaktion

Spenden Sie per PayPal über unsere Webseite i-f-ge.de

Impressum Bergische Freiheit:

Verantwortlicher Verleger, Herausgeber und V.i.S.d.P.: Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V. - Vereinsregister-Nr.: 558/2022 beim Amtsgericht Köln vertreten durch: Iris Plehn, Zur Tränke 20, 53819 Neunkirchen-Seelscheid, E-Mail: info@i-f-ge.de - Redaktion: Iris Plehn (verantwortlich)

Spendenkonto: I-f-GE, Kreissparkasse Köln, IBAN: DE87 3705 0299 0320 5556 20, Verwendungszweck: Spende, Ihr Name, Ihre Adresse (für Spendenbescheinigung)

Presserechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit Veröffentlichungen und Anfragen aller Art richten Sie bitte an: redaktion@bergische-freiheit.de

Gefährliche Gutmenschen

Reicht die Absicht, um moralisch zu handeln?

VON PETER BERGHOFF



Bild von © Adrea Candrja auf Pixabay

Bunt und vielfältig ist die tolerante und friedliche Gesellschaft, für die sich die vielen Gutmenschen engagieren. Entstanden ist der Begriff mit Merkels verfassungswidriger Grenzöffnung 2015, als Tausende aus Syrien auf deutschen Bahnhöfen eintrafen und mit Teddybären empfangen wurden.

Menschen aus der Not zu retten und ohne nationalen Zwist mit ihnen eine Gesellschaft aufzubauen, war das Ziel der Gutmenschen.

Aber schon damals endete die Toleranz dann, wenn Kritik an dem Ziel oder den Maßnahmen formuliert wurde.

Gegen Kritiker wurden mitunter restriktive Mittel eingesetzt. In den darauf folgenden neun Jahren hat sich die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation kontinuierlich verschlechtert. Die Gewaltkriminalität ist gestiegen, wobei die Zugereisten einen wesentlichen Anteil daran haben. In den Schulklassen ist mitunter ein so hoher Ausländeranteil, dass eine deutsche Sozialisierung nicht mehr möglich ist.

Parallelgesellschaften wachsen und stellen ihre nationalen Interessen und ihre Regeln des Zusammenlebens, wie die Scharia mittels Friedensrichter oder Ehrenmorde, über das des

deutschen Rechtssystems. Während die Frühsexualisierung in den Kindergärten einzieht, nimmt die Massenvergewaltigung junger Mädchen zu. Derweil wird die Abweichung von vorgegebenen Dogmen immer härter bestraft.

So kann man derweil im Jahresrhythmus sein Geschlecht wechseln und verlieren Andere dabei den Überblick und verwenden die falsche Anrede, kann das bis zu 10.000€ Bußgeld nach sich ziehen.

Es besteht eine Diskrepanz zwischen formuliertem Ziel und tatsächlicher Entwicklung

Die Gutmenschen erreichen durch ihre Maßnahmen somit das Gegenteil der durch sie formulierten Ziele.

Das dem so ist, vernebeln die öffentlich-rechtlichen Medien. Mit Kampagnen wie im Fall der Hetzjagden von Chemnitz oder der Correctiv-Deportation lügen sie wiederholt die Bevölkerung an, um den Schein einer Entwick-

lung zum Besseren zu bewahren oder Kritiker mundtot zu machen. Sie nehmen dabei die gravierende Spaltung und Schädigung des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Kauf. Das formulierte Ziel von friedlichem Zusammenleben und Toleranz wird also nicht erreicht.

Der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert.

Reicht es aber für moralisches Handeln aus, einen guten Vorsatz zu haben?

Bei Kindern sicherlich ja. Ihnen verzeiht man so manche Torheit, die ihrer Phantasie entspringt. Erwachsene Menschen müssen sich aber an den realen Konsequenzen ihrer Taten messen lassen, und da sieht die Bilanz der Gutmenschen schlecht aus. Bleibt die Frage, warum sie weiterhin amoralisch und gegen die Gesellschaft handeln.

Ist das Individuum mehr Wert als die Gesellschaft?

Das rein emotionale und einseitig moralisierende Bewertungen zu

schädlichen Schlussfolgerungen führt, haben die Massenmigration, die Corona-Krise, der Ukraine-Krieg und viele andere Entwicklungen gezeigt. Jedem, der sich nicht auf die allwissenden Öffentlich-Rechtlichen verlässt, kann die negativen Konsequenzen sehen.

Warum schädigen also so viele Menschen mit einem so guten Gefühl ihre Gesellschaft?

Mögliche Ursachen scheinen eher der Psychologie zu entspringen. Realitätsverdrängung, Dissonanzreduktion, moralische Selbstüberhöhung oder zwanghafter Erhalt, der eigenen Weltansicht bieten Erklärungsansätze.

Jedoch muss am Ende des Tages wieder der gesunde Menschenverstand und die Realität Einzug halten, soll die mittlerweile 1200 Jahre überdauernde deutsche Gesellschaft nicht mit unserer Generation enden. Dafür dürfen die Realisten den Konflikten nicht aus dem Weg gehen.

Der duldsame Bürger

VON CRISTINA EULER

Deutschland, das Land der Dichter und Denker. Das war einmal, lang ist es her. Heute wird nicht mehr gedichtet, sondern gegendert, und nicht mehr gedacht, sondern nachgeplappert. Vornehmlich Dinge, die die Lenker der Demokratie sich zusammengedichtet, aber nicht durchdacht haben...

Es geht langsam auf keine Kuhhaut mehr, was dem deutschen Bürger seit ein paar Jahren so alles zugemutet wird. Eine Regierung, die überwiegend ohne erlernten Beruf und ohne auch nur die Grundanforderungen ihrer Ämter zu erfüllen munter dahinregiert, verschleudert Geldbeträge, die längst nicht mehr durch Steuereinnahmen gedeckt sind, für fragwürdige Projekte ins Ausland. Fragen würden die Bürger vielleicht, zumindest einige, aber den meisten sind die Fakten trotz einer kleinen Anfrage der AfD-Fraktion nicht geläufig – oder es interessiert sie nicht.

Noch beunruhigender als die horrenden Geldgeschenke an Gesinnungsgenossen fremder Länder sind die häufigen Gesetzesänderungen, die alle nur ein Ziel zu haben scheinen: die aktuelle Machtsituation der Regierungsparteien zu erhalten, koste es, was es wolle. Und es kostet viel: die liberale Demokratie wackelt bereits. Freie Meinungsäußerung ist nicht

erwünscht, sondern wird schon **unterhalb der Strafbarkeitsschwelle** durch sogenannte „Meldestellen“ und Aufrufe zu Denunziation von Äußerungen ausgehöhlt. Denunziation von Freunden, Nachbarn und Verwandten wohlgermerkt! Wie tief muß man sinken, um sich daran zu beteiligen...

Die Indoktrination des Staates erscheint grenzenlos, sie hält sich nicht mehr mit erwachsenen Menschen auf, die häufig nur bedingt beeinflussbar sind und noch Reste eines eigenen Willens, eine gewisse Charakterstärke aufweisen. Nein, sie schämen sich nicht, Familien durch Eingriffe in die Persönlichkeit von Kindern zu zerstören, indem sie vorpubertäre Geschlechtsumwandlungen forcieren und mit Sorgerechtsentzug drohen, wenn Eltern sich gegen die gutgläubig-kindlich gefaßte Meinung zu diesem Thema wenden!

Man kann noch nicht einmal sagen, daß sie nicht wissen, was sie tun - sie wissen es nur zu gut! Die schwächsten der Gesellschaft werden in Kindertagesstätten bereits auf das aktuell bevorzugte „Regenbogengeschlecht“ eingestimmt.

Sie sollen in einem Alter, in dem sie kaum die Sprache vernünftig beherrschen, bereits entscheiden, welchem fiktiven Geschlecht sie angehören wollen

und sexuelle Erfahrungen machen, für die noch vor Jahren wegen Kindesmißbrauch angesetzt wurden! Ein Kind, das noch keine gefestigte Persönlichkeit hat, das noch am Anfang seiner Entwicklung steht, wird in den Händen des Staates bereits auf seine neue „Sklavenrolle“ festgelegt: Ein folgsamer, interesseloser Bürger zu werden, der sein Gehirn nur für Nebensächlichkeiten nutzt und bereitwillig alle persönlichen Daten für Staat und Wissenschaft zur Verfügung stellt, solange er ein Dach über dem Kopf, Geld für Essen und Zeit für Computerspiele hat...

Und warum das alles? Um wenigen vermögenden Menschen eine sorgenfreie Existenz zu sichern, die ihnen stets genug Einkommen ohne anstrengende eigene Arbeit ermöglicht, ihre Lobbyisten am Leben erhält, vornehmlich in Pharma- und Rüstungsindustrie, und ihnen Macht gibt, alles nach eigenem Gutdünken zu bestimmen.

Das geht natürlich nur, wenn niemand klüger ist als sie, niemand Fragen stellt, niemand gegen das Joch der Bevormundung und beginnender Unterdrückung aufbegehrt, niemand die Menschen aufrüttelt und zum Widerspruch anregt. Deshalb wird alles, was auch nur im Entferntesten an den

Grundpfeilern dieses „goldenen Käfigs“ rüttelt, per Gesetz verboten, eingeschränkt, ausgegrenzt.

In meiner Kindheit hieß es noch, daß alles, was nicht offiziell verboten wäre, erlaubt sei – inzwischen ist es umgekehrt.

Seit Neuestem muß der unbescholtene Bürger sogar einen Check auf Verfassungstreue erdulden, der auf öffentlich zugänglichen Stellen wie Social Media Auftritten gründet, sofern er ein Beamtenverhältnis eingehen möchte. Das betrifft nicht nur Polizisten, sondern auch Lehrer und Richter.

Ob dadurch Zweifel an der Zustimmung zur „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ ausgeräumt werden können, halte ich für mehr als fraglich. Darunter versteht heutzutage jeder etwas ganz Anderes...

Den 1. Platz in der Liste der Absurditäten haben wie erwartet die Grünen gewonnen, die allen Ernstes offiziell behaupten: „**Auch zutreffende Informationen und korrekte Fakten können Desinformation sein, wenn sie auf unerwünschte Weise an die Öffentlichkeit gelangen oder Debatten auslösen, die der Regierung Probleme bereiten.**“

Auf gut Deutsch heißt das: jede Wahrheit, die mir unbequem ist, kann nicht wahr sein. Ich male mir mein Wolkenkuckucksheim

rosarot an und lasse alles unter den Tisch fallen, was ich nicht hören möchte. Kann man machen. Aber nicht als Regierung, nicht als Entscheidungsträger für das ganze Volk!

Wann ist die rote Linie endlich erreicht und der Nebel lichtet sich? Das Volk im Ganzen, also alle mündigen Bürger dieses Landes, müssen beginnen an einem Strang zu ziehen.

Ganz egal, ob jemand links oder rechts einsortiert wird, alternativ oder konservativ daherkommt, es geht um das Ganze. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie Deutschland Stück für Stück verschwindet, aus den Herzen, aus den Städten, aus der Landkarte, bis nichts zurückbleibt als nur ein karges Stück Land, weitgehend deindustrialisiert, voller Windräder, aber ohne Wälder, mit immer weniger und immer ärmeren Menschen – alle, die es sich leisten können, ziehen bereits weg, genau wie die Industrie.

Schließt euch zusammen, sammelt Ideen, beginnt im Kleinen neue Strukturen des Zusammenhalts und der Kooperation miteinander aufzubauen. Der Staat sind wir alle, er lebt durch die Bürger, nicht durch Weisungen von oben. Lassen wir ihn erwachen und mit neuem Leben füllen, für unser aller Zukunft!

Sicherheitspolitik an Universitäten - Was ist, was sein wird.

VON FRITZ LANGE



Bild von © Nikolay Georgiev auf Pixabay

In seiner Einleitung zitierte der Vorsitzende des Offiziersvereins Wuppertal, OTL a.D. Dilthey aus der F.A.Z. vom 14.09.23: „An einer staatlichen deutschen Universität Forschung und Lehre zu strategischen Fragen oder gar zu Sicherheitspolitik und Militäranalytik betreiben zu wollen, ist ungefähr so, als ob man in einer Frauenkneipe Herrenwitze erzählen oder im Landkreis Sonneberg für Gendersprache werben will.“

Prof. Hans Joachim Lietzmann trug vor zum Thema „Sicherheits- und Verteidigungspolitik an deutschen Universitäten und in der Wissenschaft. Auch am Beispiel der Bergischen Universität Wuppertal“. In seiner Bestandsaufnahme stellte er gleich zu Beginn fest, dass die Universität Wuppertal sicher-

heitspolitische Fragen allenfalls im Zusammenhang mit der Thematik Bevölkerung-, Zivilschutz und Objektsicherheit bearbeitet. Was deutsche Universitäten betrifft, so wird die Thematik von wenigen Professoren getragen, die da sind: Prof. Varwick (Halle-Wittenberg), der ab April 2024 ein Seminar „Zeitenwende in der Sicherheitspolitik“ anbietet, Prof. Krause (Kiel) und Dr. S. Kirchberger am Institut für (maritime) Sicherheitspolitik (jedoch nicht als Studiengang).

In Münster Honorarprof. Gareis (zugleich Direktor der Führungsakademie der BW). In Bonn gibt es die Stiftungsprofessur für U. Schlie und einen Masterstudiengang seit einem Jahr. In Potsdam gibt es zwei Studiengänge in können offensichtlich auch so tradierte Strukturen aufbrechen. So geschehen in der Tesla-Fabrik in Brandenburg, wo nun 60% der Mitarbeiter nicht die DGB-Funktionäre wählten, sondern andere, freie Arbeitnehmervertreter. Eine Schlappe für IG-Metall, wo

Kooperation mit der BW von Prof. Neitzel (Militärhistoriker) „War and Conflict“ und „International War Studies“. Und an den beiden BW-Universitäten (Hamburg und München) je 2 Professuren (A. Geis und M. Saak, sowie S. Stetter (Sicherheitspolitik seit 1992) und C. Masala). Dabei gibt es selbst bei der BW keinen Studiengang Sicherheitspolitik.

In Deutschland gibt es über ein Dutzend Professuren für Friedensforschung mit 8 Studiengängen (Augsburg, Marburg, Tübingen, eine Stiftung in Friedrichshafen). Mehrere Institute, meist unter der Leitung der oben genannten Prof. in Bonn/Aachen, Frankfurt und an den BW-Universitäten befassen sich mit Sicherheitsfragen und sind stark in der Politikberatung tätig.

Auf studentischer Ebene gibt es einen losen Bundesverband Sicherheitspolitik, der eine Zeitschrift herausgibt.

Dies ist der Sachstand bei insgesamt 108 Universitäten in Deutschland. Im Blick auf die Entwicklung des Bereiches (Sicherheits-) Politik in Deutschland verwies

Prof. Lietzmann auf den Vergleich zum Fach Jura. Während dort nach 1945 fast eine ungebrochene Fortsetzung der Lehre stattfand, so wurden die Politiklehrstühle überwiegend durch Personen besetzt, die in der Nazizeit emigriert waren. Es galt in Deutschland die

Infrastruktur, die Wirtschaft, die Demokratie aufzubauen. Auch nach 1971 gab es zunehmenden Bedarf an fachpolitischer Beratung, jedoch - unter dem Schutz er USA, der NATO - keinen sicherheitspolitischen Bedarf und die Bundeswehr selbst wählte den Weg der eigenen (abgeschotteten) Universitäten.

Seit 2010 wiederum richtete sich der universitäre Blick zunehmend auf das Feld der Einstellungen des Menschen und der gesellschaftlichen Kultur. Während dabei einerseits eine größere Beteiligung der Bürger an Entscheidungen eingefordert wird, so werden andererseits im Parlament z.B. 140 Beschlüsse verabschiedet und darüber nur wenig mehr als 10 Debatten geführt. Unter diesen Gegebenheiten kommt ein öffentlicher Diskurs über die Europäische Verteidigungspolitik bei uns nicht vor. Und auch in militärischen internationalen Gesprächsrunden bleibt man unter sich.

Die (wenige) Sicherheitspolitik gilt auch außerhalb Deutschlands als leistungsstark, jedoch erscheinen die öffentlichen Universitäten moralisch abgetrennt, man lebt jeweils in seinen eigenen Welten.

Prof. Lietzmann, der seinen Wehrdienst bei der Luftwaffe (in den Niederlanden) ableistete und vor seinem Ruf an die Universität Wuppertal (2002 bis August 2021) auch langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter an der BW-

Universität war, stellt eine zunehmende offene Debatte z.B. bei der Erstellung der Weißbücher fest und ein Aufbrechen der Bundeswehr nach außen. Die Bundeswehr bedarf der Öffentlichkeit und muss diese suchen.

Das Geschehen in Deutschland und der Welt, so ist er sich sicher, wird zu wesentlichen Veränderungen führen. Die Universitäten als Zentren der Forschung, der Lehre und der Beratung werden sich den drängenden Fragen der Zeit nicht verschließen können. Es wird sich der Bedarf nach einer „sozial-robusten“ Sicherheitspolitik stellen.

Auch wenn der Vorsitzende des Offiziersvereins in seinen Dankesworten an Herrn Prof. Lietzmann auf eine weitere Eingangsbemerkung nicht mehr eingegangen ist, so ergab sich für einige Besucher doch die Feststellung: mit einer Ausweitung weiterer Gender-Lehrstühle über die bestehenden 146 an Universitäten und 50 an Fachhochschulen hinaus ist wohl eher nicht zu rechnen.

In der F.A.Z. vom 8.12.23 schreibt Nikolaus Busse in einem Kommentar: „In Berlin glauben noch viele, dass Amerikas Beistand für alle Ewigkeiten gesichert sei.“... „Auch in Deutschland müssen sich die Prioritäten ändern. Es will keiner hören, aber hier wird man bald zwischen Sozialstaat und Verteidigung wählen müssen.“

Interessante Entwicklungen bei Gewerkschaften

VON GEORG KLEIN

Die mächtige Industriewerkschaft Metall hat früher in der metallverarbeitenden Industrie den Ton angegeben. Nichts ging ohne sie, ihre Funktionäre waren sakrosankt.

Neue Arbeitgeber in Deutschland, die ihre eigenen Vorstellungen über die Zusammenarbeit haben,

können offensichtlich auch so tradierte Strukturen aufbrechen.

So geschehen in der Tesla-Fabrik in Brandenburg, wo nun 60% der Mitarbeiter nicht die DGB-Funktionäre wählten, sondern andere, freie Arbeitnehmervertreter.

Eine Schlappe für IG-Metall, wo

noch dazu ein IG-Metall-Betriebsratsnachrücker fristlos entlassen wurde. Deshalb hatte die IG-Metall mit mehr Zulauf gerechnet.

Tesla zahlt gute Löhne, und das möchten sich die Arbeitnehmer nicht verderben lassen, um linken

Gewerkschaftsfunktionären Posten zu sichern.

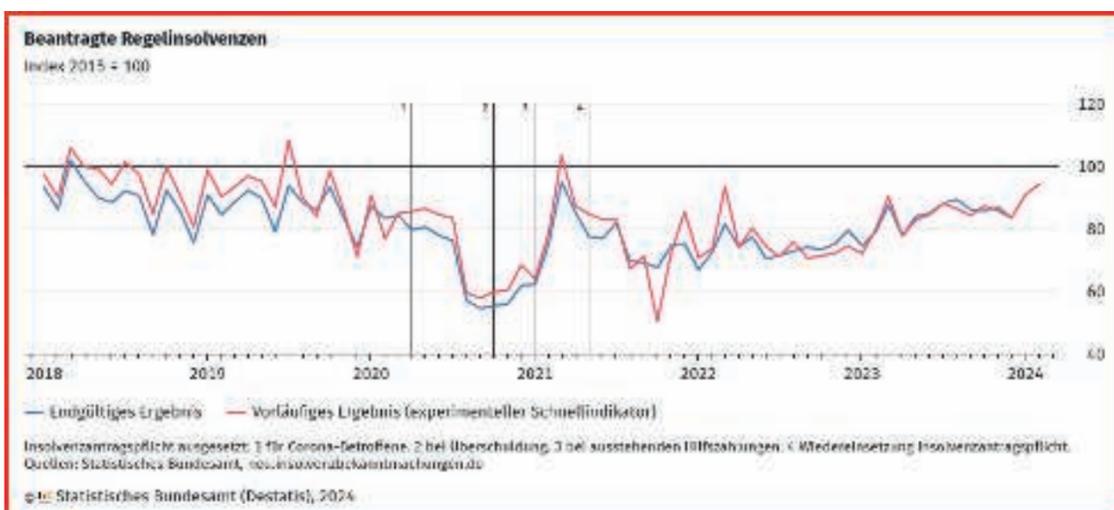
Die Arbeitswelt hat sich verändert. Selbstbewusste Spezialisten in den Fabriken können sich immer besser selbst vertreten. Dadurch, dass sie Fachkenntnisse besitzen die sie selbst vermarkten können, werden sie selbst zum

Unternehmer.

Verkrustete Gewerkschaftsstrukturen benötigt man da nicht mehr, vor allem wo die IG-Metall den Ruf genießt, sich für linksextreme politische Ziele einzusetzen, die mit Arbeitnehmerinteressen nichts mehr zu tun haben.

Deutschland erfüllt die CO2-Ziele!

VON ELLEN WEISS



In den Massenmedien wird verkündet, dass Deutschland die geplante CO2-Reduktion im Jahr 2023 erreicht hat, und das Ziel 2030 von -66% wohl erreichen

wird. Gleichzeitig freut man sich, dass der Anteil der „erneuerbaren“ Energien von 20,8% auf 22% gestiegen ist. Beide Meldungen sollen wohl den

Eindruck erwecken, dass Deutschland mit seiner Energiewende auf dem richtigen Weg ist. Da aber der Gesamtstromverbrauch in Deutschland von 2022

Schreckensmeldungen aus der Wirtschaft lassen dies vermuten. Deutsche Traditionsunternehmen, darunter Bayer, VW und SAP, kündigen massive Stellen-

484 TWh auf 467 TWh im Jahr 2023 zurückgegangen ist, stieg der Verbrauch (und die Produktion) an „Erneuerbaren“ gerade mal um 1% von 101 TWh auf 102 TWh, wobei der Kapazitätszubau aber 12 % war!

Die bisherige Reduktion des CO2-Ausstoßes hat Deutschland aber nur deshalb erreicht, weil die Industrieproduktion stark zurückgegangen ist.

Nun steht zu befürchten, dass die CO2-Ziele der Bundesregierung tatsächlich auch im Jahr 2030 erreicht werden.

streichungen an, und im Jahr 2023 sind 17.814 Firmen pleite gegangen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2023 ist gegenüber dem Jahr 2022 um 22,1% gestiegen.

Mit Forderungen von 25 Millionen Euro und mehr wurden im Jahr 2023 mit 138 Fällen 38,0 % mehr „Großinsolvenzen“ registriert als im Jahr 2022. Dass es keine Entspannung gibt, zeigt dass im Februar 2024 um 18,1% mehr Insolvenzen angemeldet wurden als im Februar 2022.

1. www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/20240105_EEGZubau.html

2. www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/03/PD24_103_52411.html

Gründe grünen Wahns

1/5 Gruppenspezifische Bewertung



Den gesellschaftlichen Wandel der letzten Dekaden kann man nur als rasant bezeichnen. Dessen Ursachen sind sicherlich vielschichtig, die Auswirkungen sind dabei für die Menschen vielfach negativ.

Merkmal dieser Veränderung ist die Zunahme gruppenspezifischer Bewertung von gesellschaftlichen Themen, ein zunehmend globaler Gültigkeitsanspruch des eigenen Werteansatzes, der Abnahme basisdemokratischer Entscheidungsprozesse, zunehmend dysfunktionaler Lösungen sowie deren Umsetzung durch immer restriktivere Maßnahmen. Der Einfluss einzelner Interessengruppen oder anderer Staaten auf diese Entwicklung spielt sicherlich eine Rolle.

Die deutsche Gesellschaft ist aber sowohl gut ausgebildet als auch ausreichend wirtschaftsstarke, sodass sie diesen Einflüssen entgegenwirken könnte. Stattdessen wird diese Entwicklung von einem großen Teil der Entscheidungsträger und der Bevölkerung mitgetragen.

Das legt die Vermutung nahe, dass auch soziologische Aspekte dieser Entwicklung Vorschub leisten. Für das „Institut für Gesellschaftsentwicklung e.V.“ (I-f-GE) Grund genug, Ende 2023 durch eine Studie nach Ursachen zu suchen.

In einer ersten Analyse wurde der Fokus auf die gruppenspezifische Bewertung gesellschaftlicher Themen gelegt. Als „gruppenspezifisch“ werden in diesem Zusammenhang Bewertungen betrachtet, die komplexe Situationen entweder pauschal bewerten oder die sich nicht direkt auf die zu bewertende Aussage beziehen.

„Wir bewerten in Gruppenkategorien“

Zunächst zeigte sich, dass die 246 Teilnehmer auf einer Skala von „0=gar nicht“ bis „10=völlig“ generellen gruppenspezifischen Aussagen wie „Pflegepersonal erhält zu wenig Geld“ zustimmen. Die Mittelwerte reichten von

M=5,73 bis M=8,52 und lagen damit eindeutig über der Skalenmitte von M=5, die als Grenze für eine generelle Zustimmung interpretiert wurde. Eine Faktorenanalyse ergab, dass alle Variablen zum gleichen Faktor gehören und damit zu einem gemeinsamen psychologischen Konstrukt.

Zur Ursachenanalyse fokussierte die Untersuchung auf finanzielle Verteilungsaspekte in drei Szenarien, „Ressourcenverteilung im Konsumbereich“ (Aspekte beim Einkauf), „Ressourcenvergabe im Produktionsbereich“ (Entlohnung fiktiver Arbeitnehmer) und „Ressourcenempfang im Produktionsbereich“ (Gründe für eine Lohnerhöhung).

In allen Szenarien wurden über die oben genannte Skala abgefragt, wie stark die Zustimmung zu in der aktuellen Diskussion vorkommenden Aspekten wie „Nachhaltigkeit“ oder „Ausgleich von Geschlechterunterschieden“ ist. Für jedes Szenario wurde eine Faktorenanalyse durchgeführt. Dabei kristallisierte sich jeweils ein gruppenspezifischer und ein leistungsspezifischer Faktor heraus. Zwei Ergebnisse waren dabei offenkundig.

„Gruppenspezifische Ressourcenverteilung finanzieller Güter ist ungerecht!“

Zum einen wird im Produktionsumfeld eine gruppenspezifische Verteilung dann befürwortet, wenn es um den Empfang finanzieller Ressourcen geht. Die Zustimmungswerte variierten zwischen einem Mittelwert von M=5,39 bis M=7,49.

Im Gegensatz dazu wird die Vergabe finanzieller Ressourcen nach Gruppenmerkmalen mit Mittelwerten von M=3,31 bis M=4,89 mehrheitlich abgelehnt. Besonders groß war dieser Unterschied beim „leistungsunabhängigen Ausgleich zwischen den Geschlechtern“.

Der Empfang, also eine Lohnerhöhung erhielt mit M=7,11 eine hohe Zustimmung. Die Vergabe, also die Entlohnung fiktiver Mitarbeiter, dagegen mit M=3,31 eher Ablehnung. Die Forderung nach gruppenspezifischer Ressourcenverteilung finanzieller Güter basiert somit auf Eigennutz. Damit fügen sich die Ergebnisse in Stacy Adams „Equity-Theory“ beziehungsweise Foas „Resource theory of social exchange“ ein, die soziale Interaktion als Tauschprozess mit dem Ziel der individuellen Optimierung des Tauschverhältnisses interpretiert.

Der finanzielle Vorteil besteht dabei aus zwei Aspekten. Zum einen findet bei gruppenspezifischer Ressourcenverteilung kein Austausch statt. Es wird also Leistung empfangen, ohne eine Gegenleistung erbringen zu müssen.

Da keine Gegenleistung erbracht wird, entzieht sich diese zum anderen auch einer Qualitätsbewertung durch den Tauschpartner, die normalerweise dem Tauschprozess innewohnt. Gruppenspezifische Bewertungen erfolgen somit situationsabhängig und nicht nach übergeordneten Bewertungsmaßstäben.

Überparteilichkeit und Gleichbehandlungsgrundsatz sind aber Voraussetzung eines gerechten Verteilungsschlüssels. Die Verteilung finanzieller Ressourcen nach gruppenspezifischen Merkmalen kann somit nicht als gerecht bezeichnet werden.

„Leistungsmerkmale werden übergreifend anerkannt und sind damit gerecht!“

Ganz anders verhielt es sich mit den leistungsspezifischen Merkmalen wie „hohe persönliche Leistung“ oder „fehlerfrei produzierte Teile“. Die leistungsspezifische Ressourcenverteilung erhielt über alle Szenarien höchste Zustimmungswerte (M=7,94 bis M=8,49). Leistung ist also das Merkmal, das unabhängig von der Situation und dem persönlichen Vorteil als Maßstab finanzieller Ressourcenverteilung anerkannt wird.

Entgegen gruppenspezifischen Aspekten erfüllen Leistungsmerkmale damit die Forderung nach Unparteilichkeit und dem Gleichbehandlungsgrundsatz und haben somit die Voraussetzung als Grundlage finanzieller Ressourcenverteilung zu dienen.

Schließlich wurden die ermittelten Faktorenwerte mit den abgefragten demographischen Daten, den Variablen politischer Selbstverortung sowie den Einstellungen zur demokratischen Entscheidungsfindung verglichen.

Dabei zeigte sich eine Vielzahl von Korrelationen, die zwei generelle Tendenzen erkennen ließ. Zum einen korrelieren gruppenspezifische Faktorenwerte wesentlich häufiger mit soziodemographischen und politischen Variablen als leistungsspezifische. Eine gruppenspezifische Bewertung scheint somit stärker mit anderen

Merkmalen verknüpft und gegebenenfalls von anderen beeinflusst zu sein. Leistungsspezifische Merkmale scheinen auch in diesem Zusammenhang ein unabhängigeres psychologisches Konstrukt zu bilden.

Zum anderen wiederholen sich bestimmte Korrelationen für die jeweiligen Bewertungsmechanismen. Politisch links, sozialistisch, Urbanität, nachhaltig, „Demokratie ist zu langsam“, „es können nicht alle in Entscheidungsprozesse eingebunden werden“, progressiv, globalistisch, ökologisch und Alter sind für gruppenspezifische Ressourcenverteilung zu nennen.

Konservativ, bürgerlich und freiheitlich sind wiederkehrende Korrelationen zur leistungsspezifischen Bewertung. Eine Entsprechung mit der aktuellen politischen Situation kann durchaus erkannt werden. Insgesamt bleibt offen, ob die gefundenen Faktoren Resultat der aktuellen gesellschaftlichen Situation sind oder durch tieferliegende psychologische Mechanismen entstehen.

„Die aktuelle Politik widerspricht den Gerechtigkeitsgrundsätzen.“

Die vorliegenden Ergebnisse widersprechen somit der aktuellen Tendenz, Ressourcen immer stärker aufgrund gruppenspezifischer Merkmale zu verteilen. Stattdessen sollten leistungsspezifische Merkmale Grundlage finanzieller Ressourcenverteilung in der Gesellschaft sein.

Damit stellt sich auch die Frage, ob eine gerechte Vergabe ausgleichender Zahlungen nicht generell an zu erbringende

Gegenleistungen geknüpft werden müsste.

Dass gruppenspezifische Merkmale immer stärker als Methode finanzieller Ressourcenverteilung einzugreifen, könnte daran liegen, dass es weitaus mehr Lohnempfänger als Arbeitgeber gibt.

Es sind also weitaus mehr Menschen in einer Situation, in der ihnen die Forderung nach gruppenspezifischer Ressourcenverteilung einen Vorteil bringt. Ohne daraus auf einen kausalen Zusammenhang zur Steigerung der deutschen Staatsquote von 32% in 1960 auf 50% in 2021 herleiten zu können, ist dieser Verweis doch von Interesse.

„Ist eine gruppenspezifische Bewertung dysfunktionaler Entscheidungen!“

Da die gruppenspezifische Bewertung situationsabhängig und teils widersprüchlich ist, entspricht ihr Charakter den heute vermehrt auftretenden dysfunktionalen Entscheidungsmechanismen. Beispiel ist die Identifizierung von CO2 als Hauptursache eines existenzbedrohenden Klimawandels bei gleichzeitiger Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke 2023 als CO2-neutrale Energieträger und zeitgleicher Befürwortung dieser Technologie in anderen Staaten.

Zukünftige Untersuchungen sollten auf diesen Aspekt näher eingehen. Vielleicht kann ein tieferes Verständnis über gruppenspezifische Bewertungsmechanismen Hinweise darauf geben, wie dysfunktionalen Gesellschaftsentscheidungen entgegengewirkt werden kann. [SW]

Einfluss auf Lohnkosten fiktiver Mitarbeiter:



Faktorenanalyse
Faktor 1: gruppensp. Ressourcenvergabe Produktion

48,0% der Varianz
 Eigenwert 3,36
 Ladung 0,69 - 86
 Kommunalität 0,58 - 0,75

Faktor 2: leistungssp. Ressourcenvergabe Produktion

21,1% der Varianz
 Eigenwert 1,49
 Ladung 0,82 u. 0,85
 Kommunalität 0,68 u. 0,73

Der Segen des aktuellen Klimawandels

VON DANIEL ZENZ



Bild von © lumix2004 auf Pixabay

Die Menschheit hat im Verlauf ihrer Geschichte mehrere klimatische Veränderungen erlebt. Der bisher letzte große globale Wandel spielte sich beim Übergang von der sogenannten mittelalterlichen Warmzeit zur

„Kleinen Eiszeit“ ab. Diese Periode zwischen 1200 und 1350 war der jüngste Umschwung und die größte klimatische Veränderung der letzten 1000 Jahre vor der gegenwärtigen Erwärmung. Die „Kleine Eiszeit“ dauerte bis ins 19. Jahrhundert an“, erklärt Johannes Preiser-Kapeller vom Institut für Mittelalterforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Gemeinsam mit seiner Kollegin Ekaterini Mitsiou hat er in einem Beitrag im Sammelband „The Crisis of the 14th Century“ die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Klimaabkühlung auf den östlichen Mittelmeerraum untersucht.

Es kam damals in manchen Regionen zu einer Abkühlung der Durchschnittstemperaturen um etwa ein bis 1,5 Grad, und die Frequenz von drastischen Wetterereignissen in den Berichten nahm entsprechend zu. Als Folge der Abkühlung kam es in weiten Teilen Europas und Nordafrikas zu Dürren. Zudem breiteten sich entlang der

Handelswege in Europa ab 1310 zuerst eine Viehseuche und in den 1340er Jahren die Pest aus, der in manchen Regionen die Hälfte der Bevölkerung zum Opfer fiel. Die Ausbreitung der Erreger konnte durch neue genetische Analysen relativ genau nachgezeichnet werden.

„In Zentralasien, der Ursprungsregion des Pesterregers, wurde es damals kühler und feuchter, was die Ausbreitung der Krankheit begünstigt hat. In Westeuropa, das damals gut an das Handelssystem angeschlossen war und eine hohe Bevölkerungsdichte aufwies, waren die Verluste sehr hoch“, sagt Preiser-Kapeller. Die „Kleine Eiszeit“ ging im 19. Jahrhundert zu Ende, und die Temperatur steigt folgerichtig bis heute wieder um ein bis 1,5° C an. Die Folgen waren ein Anstieg der Ernteerträge, weniger Kältetote und

ein verminderter Verbrauch von Energie zum Überleben der immer noch kalten Wintermonate. Der kalte Sommer 2023 hat uns nun wieder vor Augen geführt, wie unangenehm und nachteilig es ist, wenn die Erwärmung eine Pause macht. Der Landwirt Christian Lohmeyer aus Niedersachsen beklagt den feucht-kalten Sommer, der zu starken Einbußen bei den Ernteerträgen führt. Er hofft, dass der ausklingende Sommer noch ein paar Tage Sonne spendet, um wenigstens einen Teil der Ernte zu retten.

Der Ausfall einer Jahresernte führt noch nicht zu einer Hungerkatastrophe, da die Getreidespeicher aus den Vorjahren noch gut gefüllt sind. Hoffen wir, dass uns 2024 die Erderwärmung wieder höhere Ernten bringt.

Wird die Wasserstoffblase bald platzen?

VON DANIEL ZENZ

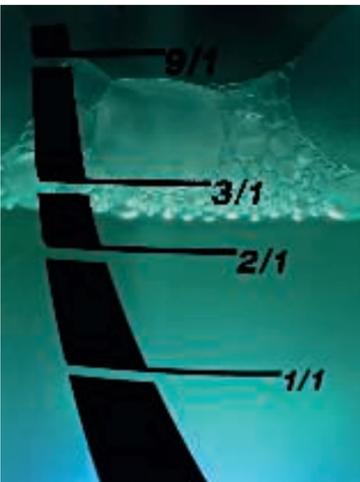


Bild von © 422737 auf Pixabay

Wasserstoff gilt als Retter der Energiewende, denn wenn Wind und Sonne keinen Strom liefern und alle Kohle und Kernkraftwerke abgeschaltet sind, dann sollte der eingelagerte Wasser-

stoff aushelfen, und in Gaskraftwerken den fehlenden Strom liefern.

Die Regierung plant bereits fleißig ein Rohrleitungsnetz durch Deutschland, um den kostbaren Stoff zu verteilen. Dabei werden die Dimensionen übersehen welche die Infrastruktur haben muss. Ein einziges Gaskraftwerk benötigt bis zu 35 Tonnen Wasserstoff in der Stunde! Dafür ist das geplante Rohrleitungsnetz bei weitem nicht ausgelegt.

Abgesehen davon weiß niemand, wo diese Mengen Wasserstoff produziert werden sollen. Die ersten Projekte zum Bau von Elektrolyseanlagen floppen gerade reihenweise. Im bayrischen Wunsiedeln wurde mit 15,5 Millionen € an

Steuergeldern eine Anlage errichtet, die aber nicht produziert, weil der Wasserstoff auf Grund der Herstellkosten unverkäuflich ist.

Ende 2023 verkündete die Raffinerie Heide in Schleswig-Holstein, dass weder das Kleinprojekt mit 30 MW, noch das Großprojekt mit 100 MW realisiert werden wird.

Die Produktion von grünem Wasserstoff mache keinen Sinn, vor allem wegen der hohen Investitionskosten und wegen der damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken, heißt es in der Pressemitteilung. Nun ist auch das hoch subventionierte Projekt in Hannover, um aus Abwasser Wasserstoff zu gewinnen, gescheitert. Warum das so ist, wird klar, wenn man wieder

die Dimensionen betrachtet.

Eine Elektrolyse kann nur mit sehr reinem Wasser betrieben werden.

Es ist schon unsinnig, aus Abwasser sehr reines Wasser herstellen zu wollen. Für den Betrieb einer Gasturbine wie oben beschrieben, benötigt man 315 Tonnen reinen Wassers pro Stunde, die zu Wasserstoff und Sauerstoff gespalten werden müssen. Das sind drei olympische Schwimmbäder stündlich. Um den nötigen Strom dafür bereitzustellen, braucht man ca. 3000 Windräder.

Dass die Wasserstoffprojekte nacheinander aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt wurden, ist insofern klar, als bei der Umwandlung von Strom in Wasserstoff und dann wieder in Strom 80% der eingesetzten

Energie verloren gehen. Und das in einem Land mit den höchsten Strompreisen in Europa.

Die Bundesregierung hofft deshalb auf Wasserstoff aus sonnenreichen Gegenden in Afrika, Asien und Amerika. Der Transport dieser Gasmengen ist jedoch problematisch.

Rohrleitungen wären lang und teuer, und wie man von Nordstream 2 weiß, kann die Bundesregierung eine derartige Infrastruktur nicht schützen, ja nicht einmal die Sabotage aufklären. Auch ein Transport in flüssiger Form ist schwierig und teuer, auch diese Transportwege müssten militärisch gesichert werden. Es sieht so aus, als wäre der Traum vom grünen Wasserstoff ausgeträumt.

Die Bundesregierung steckt trotzdem hunderte Millionen € in Wasserstoffprojekte.

Universitäten heute

Wandlung von der Wissenschaft zum Ort der Zensur

VON DANIEL ZENZ

Es ist schon lange her, dass Sokrates von seinen eigenen Schülern zum Tode verurteilt wurde und als Gegenargument den Schirlingsbecher wortlos leerte. Er wollte damit klar machen, dass Universitäten, wenn sie Wissenschaft vermitteln wollen, nicht nach der Wahrheit suchen, sondern Widersprüche aufzeigen müssen.

Ausgehend von der „Frankfurter Schule“ wurde dieses Prinzip planvoll untergraben, indem in der Diskursethik anstelle des Kategorischen Imperativs das Verfahren der moralischen Argumentation tritt. Sie stellt den Grundsatz auf, daß nur diejenigen Normen Geltung beanspruchen dürfen, die die Zustimmung aller Betroffenen als Teilnehmer eines praktischen

Diskurses finden könnten. Es wird ein herrschaftsfreier Diskurs vorgegeben, in dem es keine Hierarchie zwischen den Diskursteilnehmern gibt, alle haben die gleiche Möglichkeit, ihren Standpunkt zu Gehör zu bringen und zu begründen, niemand wird zum Schweigen gebracht, niemand beansprucht für sich die Diskurshegemonie. Aber die Andersdenkenden werden nicht eingelassen.

So kommt man dann zu Aussagen wie jenen, dass 98% der Wissenschaftler den vom Menschen gemachten Klimawandel vertreten, und dann kann Greta Thunberg auch voller Inbrunst verkünden: „Folgt der Wissenschaft“.

Nach dem 2. Weltkrieg waren unzählige Forschungsinstitute in

den USA, welche am Manhattan Projekt gearbeitet hatten, ohne Aufgabe, ohne Ziel und ohne Finanzierung, bis sie dann dem Energieministerium unterstellt wurden. Damit hatte die Politik direkten Zugriff auf fast alle bedeutenden Wissenschaftler im Lande, und konnte durch gezielte Vergabe von Forschungsmitteln die Themen und deren Richtung entscheidend beeinflussen.

Dieses Prinzip wurde im Rest der westlichen Welt gerne kopiert, da auch dort die Universitäten im Wesentlichen staatlich finanziert wurden. In Deutschland haben einige außeruniversitären Forschungsgruppen einen etwas privaten Anstrich, der aber sofort verblasst, wenn man die Finanzierung durchleuchtet. Um nur einige Beispiele zu

nennen, das Institut für Klimafolgenforschung (PIK), das Max-Planck-Institut oder die Fraunhofer Gesellschaft. So wird heute in unserer Wissenschaft nicht mehr nach Widersprüchen gesucht, sondern nach Begründungen für das Regierungshandeln.

Das geht so weit, dass bei heiklen Themen, wo die Politiker auf keinen Fall Verantwortung übernehmen wollen, ein „Ethikrat“ gegründet wird, der erst einmal die Begründung für die Aufhebung des Atomausstiegs, und ein paar Jahre später wieder den Atomausstieg selbst begründet. Ganz der oben beschriebenen Diskursethik folgend. Und damit erst gar keine abweichende Meinung zur

Diskussion steht, muss auch noch die Presse, das Radio, das Fernsehen und die wissenschaftliche Literatur in diesen Steuerungsprozess eingebunden werden. Die Presse, indem sie heimlich vom Staat finanziert wird (auch über NGO's), der Rundfunk, indem der Staat die Finanzierung sichert, und bei der wissenschaftlichen Literatur, indem man „peer review“ eingeführt hat.

Jede wissenschaftliche Arbeit wird von einem Gremium geprüft, welches entscheidet, ob die Arbeit veröffentlicht werden darf, oder nicht.

Wenn dann ein Minister im Delirium meint, dass der Staat keinen Fehler macht, dann schließt sich der Kreis.

Wermelskirchen

Wermelskirchener Erklärung

VON MARCUS SCHMIDT

Das bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung in Potsdam und die Inhalte der Veranstaltung haben uns alle schockiert.

Wir stellen klar:

Wir demokratischen Kräfte in Wermelskirchen nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unserer Stadt schüren.

In unserer Stadt leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen - als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familien.

Das ist die Lebensrealität in unserer Stadt. Das macht unsere Stadt aus.

Unsere Stadt gehört allen Menschen, die hier leben. Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie.

Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren

Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort.

Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Wochen in vielen Städten deutlich gemacht. Sie sind gemeinsam auf die Straßen gegangen, um Farbe zu bekennen. Sie senden ein klares Signal der Solidarität - und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften. Wir schließen uns dieser Haltung an und bekennen uns zu unserer Demokratie und unserer Verfassung.

Soweit die selbsternannten Demokraten.

Wie schon die Chemnitz Lüge, die Verfassungsschutz-Präsident Dr. Maaßen, der die Wahrheit verkündete, den Kopf kostete, so nimmt man die nächste Chance wahr, sich selbst als Demokraten und alle anderen als potenzielle Schwerverbrecher zu gerieren.

Diese "Demokraten" mit faschistoiden Zügen, ignorieren

einfach die Wünsche der großen Mehrheit der Bevölkerung und versuchen die Vertreter der Opposition ohne viel Begründung einfach als Rechtsextreme zu klassifizieren, denen man ohnehin alles, mindestens aber das Aller-schlimmste zutrauen kann.

Demokratie, wie man sie von Honecker und der ebenfalls demokratisch genannten DDR kennt. Der Verfassungsschutz, der der Regierung voll und ganz unterstellt ist und deren Ziele er mit aller Kraft unterstützen muss, hat aktuell die Aufgabe, die Opposition vom Spielfeld zu räumen, ob durch eigene durch Steuergeld bezahlte Leute oder durch Diffamierungskampagnen bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Und auch die Wermelskirchener "Demokraten" legen in ihrer

offenbar sehr großen Not noch eins drauf. Aus Konservativen und Liberalen, die jedes Land braucht, um letztendlich ausgewogen Interessen zu artikulieren, werden von den "Demokraten" Wermelskirchens dann gleich Rechtsextreme gemacht und damit sogar der Verfassungsschutz der Regierung übertroffen.

Denunzieren, Diskreditieren und Diffamieren, in der ewigen Hoffnung dass da bei der ungeliebten Konkurrenz auch etwas hängen bleibt.

Faschisten würden es nicht anders machen, gerne auch mit dem Schild um den Hals wo in großen Lettern "Demokrat" drauf steht, um die Bevölkerung in die Irre zu führen. Quo vadis, Wermelskirchen?

Burscheid

Aktuelles aus Burscheid

VON DORIS HEINE



Foto von © I-f-GE

Der Blitzer auf der A1 bei Burscheid wurde Anfang März abgebaut.

Damit hatte die Kreisverwaltung nicht gerechnet:

Der Blitzer auf der A1 wurde abgebaut und dem Kreis fehlen nun im Haushalt bereits geplante Einnahmen in Höhe von ca. **11 Millionen Euro!**

Das kann durchaus finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden haben, sollte der Kreis zwangsläufig die Kreisumlage erhöhen. Die Kommunalpolitik ist alarmiert.

Es wird auf die erhöhte Unfallgefahr hingewiesen. Das ist wohl richtig, doch sind die Unfälle der letzten Zeit nicht immer auf erhöhte Geschwindigkeit (laut Kölner Polizei) zurückzuführen.

Wie geht es in der Montanusstraße weiter?

Der Investor wartet z.Z. noch auf die Baugenehmigung. Verwunderlich ist, dass diese nach so langer Planungszeit immer noch nicht vorliegt. In der Montanusstraße soll Burscheids neues Einkaufszentrum entstehen.

Geplant sind im Erdgeschoss der Einzug von Edeka, Drogeriemarkt „dm“, Gastronomie sowie einem weiteren Ladenlokal. Im Obergeschoss sollen Praxen und Büros sowie 33 Wohneinheiten entstehen. Im Untergeschoss werden

Auto- und Fahrradstellplätze untergebracht.

Kita Sträßchen

94 Kinder in 5 Gruppen sollen in Sträßchen betreut werden.

Die Bauarbeiten sind schon weitestgehend vorangeschritten und gehen dem Ende zu. Spielplätze sind auch schon angelegt.

Spätestens im August soll die Kita richtig starten. Es gibt ein offenes Konzept, das mit Themenräumen umgesetzt wird.



Foto von © I-f-GE

Leichlingen

Blütenstadt Leichlingen aktuell

VON DORIS HEINE



Foto von © I-f-GE

Leichlingen beherbergt derzeit 425 Asylbewerber unterschiedlicher Nationalitäten und 299 Migranten aus der Ukraine. Davon haben 357 eine Aufenthaltserlaubnis, 168 eine Aufenthaltsgestattung. 95 Menschen haben eine Fiktionsbescheinigung, also einen Nachweis über ein vorläufiges Aufenthaltsrecht. Bei 26 Menschen ist der Status der Stadt unbekannt. 68 weitere Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge werden lt. Stadt in den nächsten Monaten hinzukommen. Die bestehenden Unterkünfte sind stark belegt, das liege auch an der Wohnungsknappheit in Leichlingen. 132 Menschen muss die Stadt gegenwärtig noch unterbringen.

Als „mögliche letzte Raumreserve“ hat die Stadt einen Teil der ehemaligen Tennishalle Bremsen im Auge. Kosten: rund 2.600€ plus Catering und Security. Deshalb will die Stadt eine neue Containeranlage für 72 Menschen in **Oberschmitte 13-15** beschaffen. Die Aussagen der Stadt, warum mögliche Standorte wie der Walter-Frese-Park, Balken Aue, Schulbusch, oder das ehemalige Gelände der Stadtwerke an der Bahnhofstraße nicht in Frage

kommen, sind z.T. nicht überzeugend.

Fragen:

1. Unterhalb der lauten Bahnstrecke wohnen seit Jahren Leichlinger Bürger. Diesen kann die Lautstärke zugemutet werden, doch den Asylbewerbern nicht?

2. Kann sich die Stadt das Mieten „umweltfreundlicher“ Container leisten? Schließlich muss der Steuerzahler dafür aufkommen.

3. Wie soll es generell weitergehen? Die derzeitige Politik lässt keinen echten Willen zur Beendigung der illegalen Migration sowie der massenhaften Ausnutzung unseres Asylrechts erkennen.

www.ksta.de/region/leverkusen/leichlingen/leichlingen-nur-gefluechtetenunterkuenfte-in-oberschmitte-moeglich-768502

www.rundschau-online.de/leichlingen/leichlingen-unterkuenfte-fuer-gefluechtete-fehlen-764473

www.bra.nrw.de/system/files/media/document/file/verteilstatistik-wsa-2024-04-21.pdf

Engelskirchen

Kräuterführung in Engelskirchen

VON NATHALIE WAGNER



Foto von © I-f-GE

Wollten Sie schon immer einmal an einer Kräuterführung teilnehmen, hatten aber noch keine richtigen Informationen dazu? Dann gibt es hier Abhilfe.

Die ausgebildete Kräuterpraktikerin, Frau Delia Schiller, unternimmt am Samstag, den 08.06.2024, von 10 bis 13 Uhr, in Engelskirchen ihre nächste Kräuterführung mit anschließendem Wildkräuterwaffel-Tasting. Neugierig? Appetit?

Dann sollten Sie nicht länger zögern und sich unter der Telefon-Nummer (AB) 02263 901213 anmelden.

Zum Preis von Euro 35,- bekommen Sie eine Führung, die 2 Stunden dauert plus 1 Stunde Miniworkshop (Kräuterbutter, Kräutersalz, Pesto, Tinktur, Salbe, Teemischung, Kräuter je nach Saison). Mindestens 7 Pflanzen werden vorgestellt und auch mit heilenden Eigenschaften erklärt, Geschmacksprobe und Skript inklusive. Ich werde teilnehmen, Sie auch?

10 | Reisen · Freizeit

Der Südosten von Rügen

VON JOHANN FEHNER



Foto von © I-f-GE

Rügen ist ein Reise wert, das kann man unterstreichen. Aber die Ostseeinsel vor Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern ist so groß, dass man sich durchaus auf einen Abschnitt konzentrieren kann, in diesem Fall den Südosten.

Erst nach den Rügischen Erbfolgekriegen ist die Insel 1354 Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation geworden. Schon 1648 fiel sie nach dem 30jährigen Krieg wieder an Schweden und kam erst nach der Heimsuchung Europas durch Napoleon mit dem Westfälischen Frieden wieder zum Deutschen Reich.

Putbus war zu dieser Zeit Sitz von Wilhelm Malte I. Fürst zu Putbus (1783–1854), der die Stadt mit seiner umfangreichen Bautätigkeit im klassizistischen Stil prägte. Neben dem Schlosspark mit seinen Gebäuden ist der „Circus“, der kreisrunde zentrale Platz mit mittigem Obelisk, der architektonisch Blickfang.

Auch heute ist die Stadt noch durch ein reiches kulturelles Angebot gekennzeichnet.

Die Vorfahren Maltes sahen aber Vilmnitz als familiäres Zentrum ihrer Dynastie und begruben daher ihre Mitglieder in der dortigen gotischen Kirche.

Von Putbus gelangt man mit dem „Rasenden Roland“, der aktiven Dampflokomotive, in die Ende des 19. Jahrhunderts entwickelten östlichen Seebäder Binz, Sellin, Göhren, Baabe und Thiessow, die auch heute noch einen eleganten Eindruck vermitteln.

Südlich von Putbus liegt Lauterbach mit seinem Jachthafen. Hier kann man mit seinem Boot direkt an schwimmenden Häusern ankern, will man die Insel und die Ostsee über das Wasser erkunden.

Die Region bietet also für jeden Geschmack das Richtige.



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE



Foto von © I-f-GE

Urlaubstipp: Plattensee / Ungarn

VON FRIDA KESSEL

Wie wäre es mit einem Urlaub am Plattensee?



Foto von © I-f-GE

Der Plattensee am Abend

Unser EU-Nachbarland hat für einen Familiensommerurlaub wirklich viel zu bieten.

Die Ungarn sind ein sehr aufgeschlossene, freundliches und besonders den Touristen aus Deutschland wohlgesonnenes Volk. Den größten touristischen Anreiz bietet der Plattensee.

Er ist aufgrund seines überwiegend langen, flachen Seeufers für Familien mit kleinen Kindern besonders geeignet.

Für Freunde des Wassersports oder des Angelns gibt es vielfältige Möglichkeiten.

Doch auch rundherum um den See kann man viel entdecken. Besonders hervorzuheben sind

hier die herrlich gelegenen Weinberge, deren Winzer gerne zu einer Verkostung einladen. In Heviz befindet sich der größte natürliche Thermalsee der Welt.

Ein Heilbad mit Temperaturen zwischen 36 und 38 Grad, besonders geeignet für Rheumakranke.

Heviz - Moorbad
Ein weiteres beliebtes Ausflugsziel ist Miskolc Tapolca. Dort befindet sich ein in Europa einzigartiges Höhlenbad mit natürlichen heißen Quellen, die unterirdisch entspringen.



Foto von © I-f-GE

Das Kolonie-Museum in Leverkusen

VON NATHALIE WAGNER



Foto von © I-f-GE

In dem kleinen, aber feinen, Kolonie-Museum der Stadt Leverkusen kann man auf eine über 100 Jahre alte Geschichte des Alltags der Werktätigen zurückblicken und dabei u.U. entdecken, wie auch die Großeltern gewirkt und gelebt haben. Den Hintergrund bildet das Verantwortungsgefühl und die Ideen der Unternehmer in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts gegenüber den Werktätigen, die durch Fleiß und Arbeit das Bayer-Werk, „Unser Werk“, einmal groß gemacht haben. Mehr Corporate Identity ging nicht.

Mit den Kolonie-Häusern, die heute noch gerne bewohnt werden, schuf man eine Bleibe für etliche Bayer-Familien, auf deren Basis die persönlichen Wünsche in Erfüllung gingen. Es ist ein Museum der Werktätigen, aber auch ein Museum für Unternehmertum, bei dem der Mensch im Mittelpunkt stand.

Samstags und sonntags, jeweils in der Zeit von 15-18 h kann man Das Kolonie-Museum besichtigen. Es liegt in der Nobelstr. 78/82, 51373 Leverkusen. Tel. 0214/73488723, www.kolonie-museum.de. Der Eintritt ist frei.

Schnackwerk

frei – offen- unzensuriert

Wenn Sie frei von der Leber weg ihre Meinung diskutieren wollen, veranstaltet die I-f-GE das Schnackwerk. Hier treffen sich Interessierte zum unlimitierten Kaffeeklatsch. Für den nächsten Termin melden Sie sich bitte unter info@i-f-ge.de



„Edle“ Räuber im Tal der Wupper Carl Biebighäuser wird zum Wuppertaler Schinderhannes

VON JOHANN FEHNER



Bild © von Clker-Free-Vector-Images auf Pixabay

Das Bergische muss einen völlig anderen Charakter um 1870 gehabt haben, oder können Sie sich vorstellen, dass sich heutzutage ein Räuber länger Zeit in Bergischen

Höhlen vor der Polizei verstecken könnte?

So hat es jedenfalls Carl Biebighäuser um 1870 mit seiner Räuberbande erfolgreich getan. Von Elberfeld bis Barmen, zwischen Schwelm, Neviges und Altena führte die „Biebighäuser & Compagnie“, wie er seine Räuberbande nannte, ihre „Visiten“ durch und erleichterten die Kaufleuten und Pfeffersäcken der Region, wobei wohl das eine oder andere auch an die Armen abfiel.

1842 als Sohn einer Hasplerin geboren, erlernte er im Wuppertal zunächst den Beruf des Färbers. Um 1870 machte er sich aber dann als Räuberhauptmann einen Namen.

Sein Signalement oder Steckbrief:

„Biebighäuser, von mittlerer Statur, untersetzt, hat ein glattrasiertes und scharf markiertes Gesicht, dicke Lippen und ein stupides Aussehen. Er ist der Häßlichste und Unansehnlichste der ganzen Bande, und nur wenn er spricht, was sich so fließend anhört, als wenn ein sozialdemokratischer Agitator von Profession loslegt, wenn er spricht, funkeln seine Augen und beleben sich seine sonst so toten und matten Züge“.

(Ähnlichkeiten zu heutigen Personen sind reiner Zufall und nicht beabsichtigt!)

Aber es kam, wie es bei Räubern kommen muss, er wurde gefasst. Sein am 29. Juli 1874 um zwei Uhr

morgens endender Prozess wurde durch zahllose Tumulte gestört und dauerte mehrere Tage.

Letztlich erfolglos, da es Biebighäuser nach wenigen Tagen gelangt, zu fliehen.

Darüber schreibt er ein Schmähgedicht, das die Barmer Zeitung veröffentlicht. Der Elberfelder Born Verlag veröffentlicht sogar einen Epos über ihn.

Letztlich wird er aber in einem Wirtshaus erkannt (wo sonst?) und verbringt lange Jahre im Gefängnis. Wieder auf freiem Fuß gerät er in dem Etablissement an der Fuhr, dem heutigen Islandufer, pikanterweise mit einem Polizisten

aneinander. Was heute Korrektiv anderen andichtet war früher Realität. Der Deutsche Staatsbürger Biebighäuser wird nach Amerika abgeschoben, weil er nicht mehr resozialisierbar ist.

Aber Amerika war auch schon früher nur das Land der begrenzten Möglichkeiten, den er wurde stante pede zurück ins Tal der Wupper geschickt. Man konnte in Amerika mit ihm nichts anfangen.

Wieder im Wupper-Tal angekommen, eröffnete Biebighäuser in der Parlamentsstrasse 7 eine Gemüsehandlung, die er bis zu seinem Tode am 18. Mai 1900 Und die Moral von der Geschichte? Räuberhauptmann lohnt sich nicht!

Feier-Tage

VON CRISTINA EULER

Wonnemonat Mai – das Wetter ist überwiegend gut, die Luft erfüllt von Blütenduft und Vogelgezwitscher, wiederum ein Bilderbuchtag sozusagen. Und Feiertage ohne Ende!

Je nach Verlauf des Kirchenjahres erfreut uns der Mai mit bis zu 4 zusätzlichen freien Tagen, so wie dieses Jahr: 1. Mai – Maifeiertag, früher Tag der Arbeit, natürlich sozialpolitischen Ursprungs; 9. Mai – Christi Himmelfahrt, 20. Mai – Pfingstmontag, 30. Mai – Fronleichnam, alles kirchliche Feiertage.

Für viele Menschen ist die Bedeutung von Feiertagen nebensächlich, Hauptsache nicht arbeiten, sie können auf Nachfrage weder Bezeichnung noch Ursprung des Tages benennen. Das finde ich sehr schade, denn Feiertage sind Gedenktage – man bekommt quasi Zeit geschenkt, um eines wichtigen Ereignisses zu gedenken, so wichtig, daß der Staat darauf verzichtet die geschuldete Arbeitsleistung seiner arbeitenden Bevölkerung einzufordern – und das trotz ständig knapper Kasse!

Betrachten wir also die Maifeiertage einmal genauer: Der 1. Mai entstand durch einen Generalaufstand der Arbeiterschaft, bei dem die Arbeiter ab 1890 in Deutschland (in USA bereits ab 1886) für die

Einführung eines 8-Stunden-Tages kämpften. Eine Errungenschaft, die uns heutzutage ganz selbstverständlich erscheint. Es war damals ein harter und langer Kampf, der erst 1918 nach Ende des 1. Weltkrieges zum Erfolg führte: der 8-Stundentag wurde offiziell eingeführt.

Der Maifeiertag als Gedenktag konnte sich allerdings nicht überall durchsetzen, obwohl bereits 1919 zum Feiertag erklärt. Sozusagen traditionell wird er noch immer gerne für Demonstrationen mit politischen Inhalten genutzt; besonders in Berlin kam es jahrelang zu schweren Ausschreitungen der Teilnehmer, die nicht nach friedlichen Lösungsansätzen zu suchen schienen.

Christi Himmelfahrt ist ein christlicher Feiertag, wie schon aus dem Namen ersichtlich, der stets 40 Tage nach Ostern stattfindet. Er fällt dadurch stets auf einen Donnerstag. Jesus ist an diesem Tag zu Gott, dem Vater, aufgefahren, wurde laut Apostelgeschichte 1,9 von einer Wolke aufgenommen und weilt seitdem nicht mehr als leibliche Person auf Erden.

Dies ist für Christen besonders im Zusammenhang mit der Kreuzigung, die Jesus in menschlicher Gestalt als Schuldopfer für die Sünden aller Menschen auf sich nahm, sehr

wichtig, denn es ist der Übergang zur Herrschaft Christi an Gottes rechter Seite. Seine Auferstehung zu Ostern nach dem Tode am Kreuz war ein Zeichen für die Wahrheit der alten biblischen Prophezeiungen: Jesus hat den Tod besiegt und tritt nun seine Herrschaft als Gottes Sohn an, indem er zum Himmel auffährt.

Das Pfingstfest – genau genommen der Pfingstsonntag – ist der nächste Schritt in diese Richtung, genau 50 Tage nach Ostern. Es ist der Tag, an dem der Heilige Geist über die Gläubigen ausgegossen wurde, wie Jesus zuvor verkündet hatte. Dies geschah recht spektakulär mit gewaltigem Wind und kleinen Flammenzungen, die sich auf die Gläubigen setzten.

Dadurch wurden sie vom Heiligen Geist erfüllt und konnten in Sprachen reden, die sie zuvor nicht beherrschten hatten, und Worte aus unbekanntem Sprachen verstehen. Von dieser Stunde an wurde die Botschaft von Jesu Tod und Auferstehung auch fremden Völkern zugänglich gemacht, überall entstanden christliche Gemeinden, sogar in Rom.

Fronleichnam schließlich ist ein rein katholischer Feiertag, jeweils am zweiten Donnerstag nach Pfingsten, der mit Prozessionen in Bezug auf „Leib und Blut Jesu“ als Zeichen der Dankbarkeit begangen wird.

Die evangelische Kirche hat dies immerhin nicht übernommen, Luther selbst hat Fronleichnam als Gotteslästerung und „schädlichstes Jahresfest“ empfunden. Biblisch läßt sich der Feiertag auch nicht begründen, schließlich wird das Heilige Abendmahl mit der Teilhabe an Brot und Wein als Leib und Blut Christi regelmäßig in Gottesdiensten gefeiert und ist allen Gläubigen zugänglich.

Durch die Maifeiertage Christi Himmelfahrt und Pfingsten schließt sich also der Kreis. Die Prophezeiungen aus dem Alten Testament haben sich erfüllt, begonnen mit Christi Geburt zu Weihnachten, über Kreuzigung, Tod und Auferstehung an Karfreitag und Ostern bis hin zur Himmelfahrt Jesu sowie Pfingsten mit der Ausschüttung des Heiligen Geistes. Was bedeutet das nun heute für uns? Gedenken ist oft wenig emotional, eher eine unwillkommene Pflichtübung, der man sich zu unterziehen hat, die abgehakt und wieder vergessen werden kann, ähnlich wie das Schreiben von Dankeskarten nach einem Jubiläum.

Die Grundpfeiler des Glaubens, die von diesen Feiertagen repräsentiert werden, sollten dagegen nicht routinemäßig abgehakt werden. Die Vergebung der Sünden, die durch Jesu Tod

und Auferstehung für uns erwirkt wurde, ist lebendig und für jeden, der das möchte, greifbar. Ein einfaches Bekenntnis zum Herrn, der Glaube, daß er Gottes Sohn ist und stellvertretend für alle Menschen gestorben ist, reicht aus um ein Leben als Christ zu beginnen (Römer 10,9), der Heilige Geist wird als ständiger Begleiter und Ratgeber zugegen sein. Ein einziger Schritt, der das Leben entscheidend verändern kann!

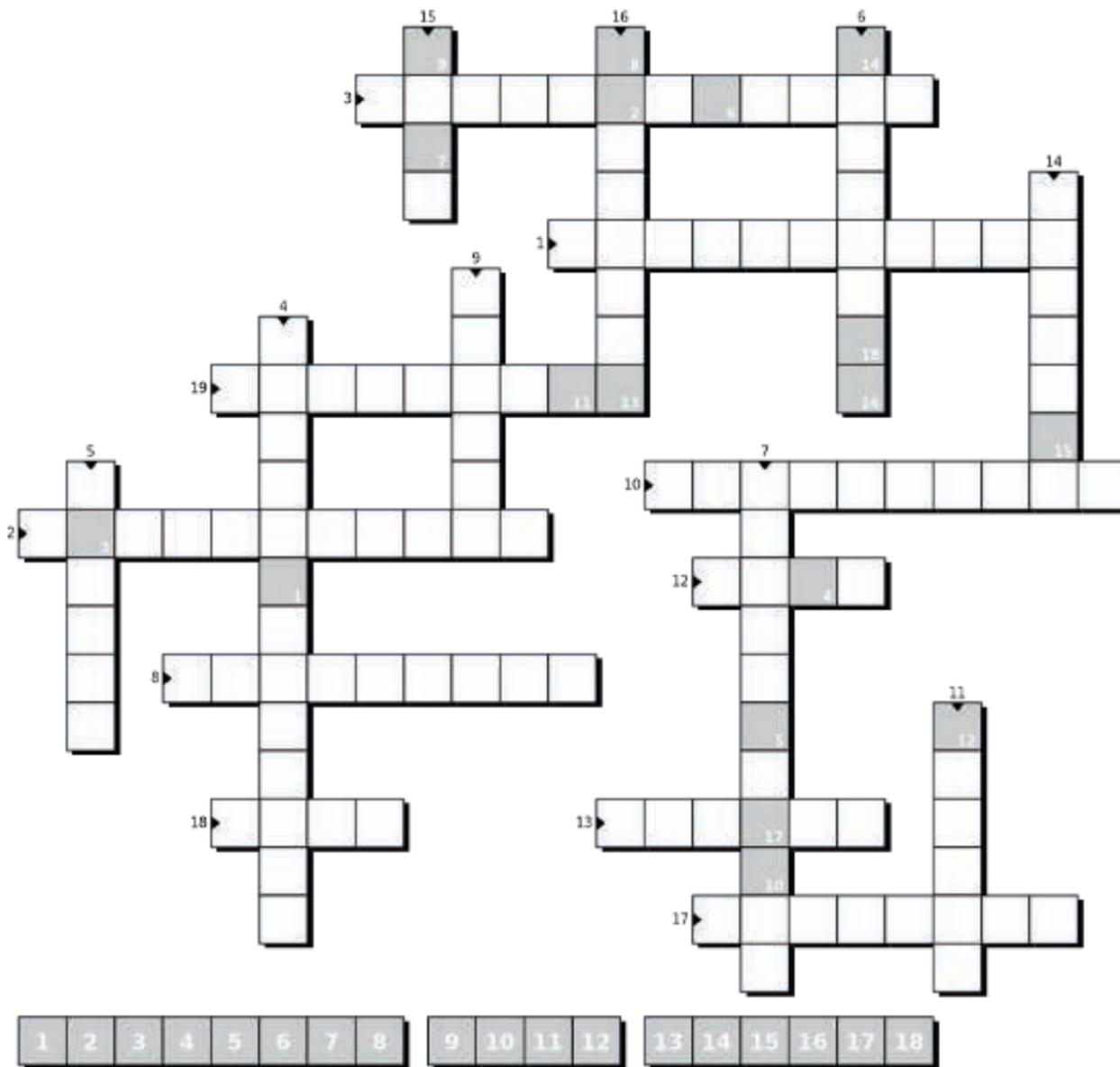
Ich glaube an Gott, den Vater, den Allmächtigen, Schöpfer Himmels und der Erde.

Und an Jesus Christus, seinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn, empfangen durch den Heiligen Geist, geboren von der Jungfrau Maria, gelitten unter Pontius Pilatus, gekreuzigt, gestorben und begraben, hinabgestiegen in das Reich des Todes, am dritten Tage auferstanden von den Toten, aufgefahren in den Himmel, sitzend zur Rechten Gottes, des allmächtigen Vaters, von dannen er kommen wird zu richten die Lebendigen und die Toten.

Ich glaube an den Heiligen Geist, eine heilige christliche Kirche, Gemeinschaft der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung der Toten und das ewige Leben. Amen.

12 | Unterhaltung

Kreuzworträtsel



- 1. Andere Möglichkeit
- 2. Land in Mitteleuropa
- 3. Vaterlandsliebe
- 4. Philanthropie
- 5. Langmut
- 6. Durchhaltefähigkeit
- 7. Beständigkeit
- 8. körperl. Leistungsfähigkeit
- 9. nicht häufig
- 10. unermüdlich
- 11. Festigkeit
- 12. Freiheitsstrafe
- 13. freigebig
- 14. gut gesinnt
- 15. nicht schläfrig
- 16. zuvorkommend
- 17. abständig
- 18. artig
- 19. gemütlich, bequem

Die Lösung finden Sie auf Seite 7



Erstellt mit XWords - dem kostenlosen Online-Kreuzworträtsel-Generator
<https://www.xwords-generator.de/de>

Sudoku

Das Ziel dieses Logik-Rätsels ist das große 9x9-Gitter mit den Ziffern 1 bis 9 so zu füllen, dass jede Ziffer sowohl in jeder der 9 3x3-Einheiten genau einmal vorkommt – und ebenso in jeder 9-er Zeile und 9-er Spalte (waagrecht und senkrecht) jede Ziffer nur einmal vorkommt.

Viel Spaß dabei.

5	7		9	2				
	1		8			3	9	
8				6	3	1		
					8	5		6
			7	3	9			1
4	3	1						7
		2	6					4
1		8					2	
		4	3		2	6		

	1		5	9		6		7
6	8	5			7			2
		7		6	8			
	5			7				
	2	6		8	3	5		4
1			6	5		8	7	
5		1					6	3
	6							8
		2		3	6		5	

Erstellt auf <https://www.kompf.de/sudoku>